

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1204.

Nr. 186.

Breslau, Donnerstag, den 11. August 1910.

21. Jahrgang.

Alkohol-Professoren.

Zeit einigen Jahren nimmt auch in Deutschland die Reformbewegung zu und insbesondere, seitdem sie die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu ihrer eigenen Sache gemacht hat. Nicht zum wenigsten sind es auch die ziffermäßigen Ergebnisse des Brauwirtschafts, über die alle wahren Freunde des Volkes ihre Freude haben. Diese für unsere gesamte Kultur so ersprießliche Bewegung ist natürlich dem Alkoholkapital ein Dorn im Auge, und zwar richten sich hierbei Brennerer- und Brauereibesitzer die Land. Das Alkoholkapital schwärmt für die „Freiheit“, das Volksgift des Alkohols durch alle möglichen Kanäle in die Massen der Bevölkerung zu bringen, und betrachtet im Kampf um diese erhabene Sache als sehr heiliges Recht. Es schmähst dabei, der Sache gemäß, die es vertritt, auch die zweifelhaftesten Mittel nicht. Mit Hilfe seiner ungeheuren Profite ist es in der Lage, sich wie die mittelalterlichen Fürsten seine Landsknechte zur Verteidigung zu dingen. Es sucht und findet diese Landsknechte nicht nur in den Kreisen der Gelehrten und Ärzte, sondern auch in der Presse. Wie skrupellos es dabei vorgeht und wie weit die Korruption schon gediehen ist, zeigt eine Broschüre des Genossen Döblich, die vom Deutschen Arbeiterabstinentenbund herausgegeben worden ist und den Titel führt: „Das Braukapital und seine Kneipen. Dokumente und Tatsachen“.

Zeit dem im Jahre 1903 in Bremen abgehaltenen internationalen Kongress gegen den Alkoholismus ist der Kampf eröffnet. Schon in demselben Jahre gründete das Braukapital zur Bekämpfung des Alkoholgegnertums eine Tageszeitung, die „Tageszeitung für Brauerei“. Kommerzienrat Kaase, der Breslauer Brauereibesitzer, ließ sich die Sache noch mehr kosten. Er schrieb eine Broschüre, die in einer Massenaufgabe verbreitet wurde. Das Kapital sah nach geeigneten Helfershelfern um, die ihm bei dem Plan helfen sollten. Den Reigen eröffnete ein Schriftsteller namens Arthur Kirchhoff. Er gründete zuerst die „Medizinischen Wochenblätter“, für die er zum Beispiel von der Aktienbrauerei München 400 Mark bekam. Um aus dem Kapital mehr herauszuziehen, bettete er bei den Brauereien um Beiträge und Bestellungen in Höhe von 1000 (120 Mark) bis zu 10.000 Exemplaren (775 Mark) und bot dafür den Bestellern die letzte Seite des Umschlages für eine beliebige Ankündigung „gratis“ an. Kirchhoff hatte kein Glück mit diesem Unternehmen, von dem nur eine einzige Nummer das Licht der Welt erblickte. Der gute Mann ließ sich aber nicht entmutigen, bald trat er mit einem neuen Zeitungunternehmen auf den Plan, einer illustrierten Wochenschrift „Das Leben“, in der die Interessen des Braukapitals literarisch und künstlerisch wahrgenommen werden sollten. Auch hierzu gab das Alkoholkapital seinen Segen. Trotzdem konnte sich das Blättchen nicht halten. Ein dritter Versuch, die „Medizinischen Wochenblätter“, scheiterte an der plumpen, ungeschickten Machart. Für seine wissenschaftlichen Blätter brauchte Kirchhoff natürlich die Wissenschaftler. Und da es für ihn nicht leicht war, sie heranzukriegen, half er sich durch Interzession bei Professoren, die dann diese am anderen Tage zu ihrem großen Erstaunen als Artikel verhandelt sehen mußten, und zwar in einer solchen unsinnigen Weise zu recht geschustert, daß sie sich sofort gegen diese „Originalartikel“ öffentlich verwahrten.

Indessen fanden sich auch Wissenschaftler, die direkt in den Dienst des Braukapitals traten. Dr. Sternberg in Berlin „begründete“ die Abwehrbewegung des Braukapitals wissenschaftlich. Er trat, wie er in einem Vortrag in Berlin erzählte, aus rein wissenschaftlichem Interesse mit den gewerblichen Interessenten (Wein, Bier, Tabak, Kaffee) in Verbindung, um sie zu einem gemeinsamen Vorgehen anzuregen. Dr. Sternberg ließ sich als Zündling des Braukapitals in einer Breslauer Alkoholgegnerschen Versammlung brauchen und arbeitete so Hand in Hand mit ihm. Die Photographie eines Telegramms an ihn, das in der Broschüre veröffentlicht ist, zeigt die enge Verbindung Sternbergs mit dem Brauereidirektor Dr. Eberheim (Berlin, Pakenhofer) und dem Kommerzienrat Kaase in Breslau.

Ein anderer Wissenschaftler, der seine Kräfte dem Braukapital zur Verfügung stellt, ist der Geheimregierungsrat Dr. Max Delbrück in Berlin, Lehrer an der Landwirtschaftlichen Hochschule und Leiter des Instituts für Gärungsgewerbe, nach dem Maherschen Konversationslexikon der größten von Interessenten erhaltenen wissenschaftlichen Anstalt. Professor Delbrück ist auch Geschäftsführer des Vereins deutscher Spiritusfabrikanten. Dies wird wohl ein einträgliches Geschäft sein, wenn die Schnapsjunker bezahlen gut, wie der Fall des Schnapsdirektors Preth beweist. In diesem Professor hat das Alkoholkapital eine tüchtige und rührige Kraft gewonnen, die sich dessen Vertretung mit professoraler Gründlichkeit angelegen sein läßt. In Professor Delbrück ist auch eine Personalunion zwischen dem Schnaps- und Braukapital gegeben. Er machte sich die Vereinerung dieser beiden Interessentenkreise zur Aufgabe. Er ließ ihre Notwendigkeit wissenschaftlich begründen. Auf seine Ver-

anlassung verfaßte ein Professor Strube eine Denkschrift über die Einflüsse der Abstinenzbewegung auf das Braugewerbe, und ein Dr. Behrend eine Denkschrift über deren Einflüsse auf das Brennereigewerbe. Als Richtlinie gab er der Vereinerung auf den Weg, nur keine Politik zu treiben, wohl aber nach dem Muster des Bundes der Landwirtschaftlichen Abgeordneten aller Parteien als Vorspann für das Alkoholinteresse zu gewinnen.

Die Verbindung mit dem Brennerkapital ist für das Brauereigewerbe besonders wertvoll, weil auf Seiten der Brenner der größte Einfluß in parlamentarischer Beziehung liegt. „Alle Gärungsgewerbe (die Kleinbrennerei und die Weinbereitung im Südwesten; die Großbrennerei im Osten, die Brauereien über ganz Deutschland)“, sagte Delbrück in derselben Versammlung, „haben ihre besonderen Beziehungen, die ausgenutzt werden müssen“. Delbrück brachte den Kampf in ein System. Er rief in einer Vorstandssitzung der Brauereunion zur „Aktivität“ gegenüber dem Augsburger Abstinententag, der im September stattfindet, wenn er auch nicht verheißt, daß diese Waffe äußerst schwer zu handhaben sei. „Handle er sich in Augsburg jedoch nur um die Beschickung einer Volksversammlung, so käme als ultima ratio“, so sagte Delbrück, „Versammlungssprengung in Betracht“. Unter den Brauereivertretern befindet sich auch ein Parlamentarier, der bekannte preussische freisinnige Abgeordnete Dr. Müller (Sagan), Syndikus des Vereines der Brauereien Berlins und Umgebung, der natürlich berufsmäßig die Alkoholinteressen vertritt.

Von ganz besonderem Interesse ist auch die Bearbeitung der Presse. Da berichtete Dr. Paul Bauer in Breslau über das erste Verbandsjahr des schlesischen Schutzverbandes: „Vierzehntägig erschienen in den verbreitetsten Zeitungen (Schlesische Zeitung, „Breslauer Zeitung“, „Breslauer Morgenzeitung“, „Breslauer Generalanzeiger“, „Schlesische Volkszeitung“, „Schlesische Morgenzeitung“, „Gasthaus“), die auch in der Provinz viel gelesen werden, belehrende Artikel (vom Schutzverband unterzeichnet)“. Auch die „Volkswacht“ sollte die „belehrenden Artikel“ der Alkoholinteressenten in einer Form aufnehmen, die bei den Lesern den Freimut erwecken konnte, als ob es sich um den redaktionellen Teil der Zeitung handelte. Sie hat dieses Verlangen zurückgewiesen und ist dabei — wie obige Liste zeigt — die einzige Zeitung in Breslau geblieben. In einer Vorstandssitzung der Deutschen Brauereunion wurde über die Zeitungen hittere Frage geführt, namentlich über die „Tägliche Rundschau“, das bekannte Berliner deutsch-nationale Blatt. Darauf teilte Direktor Junke von der Berliner Schutzhelb-Brauerei mit, daß die „Tägliche Rundschau“ nunmehr in andere Hände übergegangen ist, die drei neuen Besitzern einen Alkoholinteressenten, einer davon Schnapsbrenner; bei der mit den Schnapsbrennern abzuhaltenen Besprechung wurde die Sicherung des nötigen Einflusses bei der Redaktion der „Täglichen Rundschau“ erzielt werden. Man sieht, auf welchem Wege sich das Alkoholkapital mit der Presse „befreundet“. Die Zeitung, die nicht gefügig ist, wird expropriert. So schickte sich der Preis, von dem Marx und Engels im Jahre 1847 im kommunistischen Manifest schreiben: „Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet. Sie hat dem Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ Man nennt in der Biologie Symbiose das Zusammenleben von Lebewesen verschiedener Art, die einander nützen und zusammen besser gedeihen als allein. Die kapitalistische Symbiose der Fäulnis, die sich in den Enthüllungen der Schrift zeigt, schafft auch ein besseres Gedeihen der an ihr beteiligten Faktoren, und die Kosten dieses traulichen Zusammenlebens des volkvergiftenden Kapitals mit einer Wissenschaft, die deren hehren Zweck der Findung der Wahrheit umwandelt in Unterdrückung der Wahrheit, und mit einer Presse, die sich unter Mißbrauch ihres hohen Berufes zum millionenfachen Kanal der Alkoholinteressenten degradieren läßt, soll das Volk mit seinem Gut und Blut zahlen.

Politische Uebersicht.

Die Konservativen und die preussische Wahlreform.

Die preussischen Junker wissen ganz gut, daß sie sich bei dem jetzigen Stande der Wahlrechtsbewegung nur noch auf dem oberen Ende einer schiefen Ebene befinden und daß die Fahrt nach abwärts unvermeidlich geworden ist. Nur das ist noch für sie, wie für die übrige Welt, die Frage, wann diese Fahrt angetreten wird, und wie weit sie gehen soll. Die herrschende Richtung unter den Konservativen beschränkt sich darauf, nach Art stürzender Kinder stehen zu bleiben und Reim und abermals Reim zu schreien. Dazwischen aber gibt es ein paar gestiffene Politiker, die sich sagen, wenn die Aufspaltung durch fremde Gewalt erzwungen wird, könne man nicht wissen, wo und wie sie mit einem Male ende, wenn aber die Partei sich in einem von ihr selbst gewählten Augenblick zur Reife entfalte, dann werde es ihr möglich sein, unterwegs zu

halten und mit heißen Gliedern davon zu kommen. Aus diesem Gedankengang läßt sich ein Artikel der „Konservativen Monatschrift“ erklären, in dem ausgeführt wird, weder die indirekte noch die öffentliche Wahl entsprechende konservativen Parteiprinzipien, es sei also nicht notwendig, sich der Einführung der direkten, geheimen Wahl zu widersetzen. Bei dieser Gelegenheit gelangt dem Verfasser der hübsche Satz:

Es ist nicht konservativ, auf allem, was besteht, bestehen zu verharren.

Dann wird den bluternen Soldaten der Herren von Seydebrand und Perold, die das direkte Wahlverfahren im Landtag niedergestimmt haben, weiter zu verstehen gegeben:

Der Abgang, den eigenen politischen Willen gewissermaßen einem Diktator zur beliebigen Verwendung abzutreten, wird heute auch von der überwiegenden Zahl der Wohlgelehrten kaum anders denn als lästige Bevormundung angesehen. Wenn etwas verkündet ist, so ist es die Tatsache, daß das indirekte Wahlverfahren sich nur noch verhältnismäßig geringer Sympathien erfreut.

Das muß das Zentrum, das mit der Junkern zusammen die Aufrechterhaltung des indirekten Wahlverfahrens entgegen der Regierungsvorlage beschlossen hat, sich jetzt von der „Konservativen Monatschrift“ sagen lassen! Was liegt auch dem Zentrum an der lästigen Bevormundung der Staatsbürger, wenn nur den Junkern, wie die „Germania“ so schön sagt, „nichts aufgezwungen“ wird.

In ganz verständiger Weise wird dann gegenüber dem üblichen Unfug der konservativen Presse ausgeführt, daß die öffentliche Abstimmung keineswegs der Ehrlichkeit dient, sondern im Gegenteil in Folge der Zülle der menschlichen Abhängigkeiten eine „Verleitung zur Unwahrhaftigkeit“ darstellt. „Das offene Bekenntnis einer Ueberzeugung“ hat nach der „Konservativen Monatschrift“ nur dann Wert, wenn eine Gewähr besteht dafür, daß die bekannte Ueberzeugung selbst ehrlich ist. Und zu Gunsten der geheimen Wahl wird dann gesagt:

Umgekehrt wie bei der indirekten und direkten Wahl läßt sich beim Vergleich der öffentlichen und geheimen sagen, daß die geheime ein Uebergangsstadium ist zum Zwecke der Volkserziehung, sie gewöhnt den Bürger daran politisch ehrlich zu sein.

Das ist genau dasselbe, was die sozialdemokratische Presse seit jeher behauptet und genau das Gegenteil von dem, was in den konservativen Blättern bisher stets gesagt worden ist.

Mit treffenden Gründen wendet sich die „Konservative Monatschrift“ sodann auch gegen das nationalliberale Wahlrecht, wobei sie freilich übersehen, daß alles, was sie darüber sagt, Wort für Wort auch auf das Massenwahlrecht zutrifft, das sie offenbar durch das Zugeständnis der direkten Geheimwahl retten will:

Die Leistungen für die nationale Kultur messen, heißt den menschlichen Wert überhaupt klassifizieren, und das ist nicht Beruf des Staates und seiner Organe... Die Wege, die sich dem Examinanden öffnen, sind Lohn genug, und es ist wahrlich kein Bedürfnis, das Examen noch mit politischen Rechten zu lohnen.

Würde der einsichtige Konservative, der diese Sätze niederschrieb, den Mut haben, seine Gedanken zu Ende zu denken, so würde er sich sagen müssen, daß die Privilegierung der Besthenden, der großen Steuerzahler, wie sie durch das Massenwahlrecht erfolgt, noch blödsinniger und ungerechter ist, als die von ihm mit Recht bekämpfte Privilegierung der Examinierten. Er würde sich an den Ausspruch des Grafen Kosobowsky erinnern, daß Besitz immer eine Annehmlichkeit, selten ein Verdienst und niemals eine Tugend ist. Wenn ein Mann, der irgend ein Prüfungszeugnis in der Tasche hat, kein höheres Wahlrecht haben soll als irgend einer seiner geprüften Mitbürger, und er soll es gewiß nicht, dann soll auch der reiche Erbe, der glückliche Spekulant oder der erfolgreiche Bordellwirt kein höheres Wahlrecht beanspruchen dürfen als ein anderer Staatsbürger. Denn von ihm gilt erst recht, was der konservative Verfasser vom Examinierten sagt, sein Erwerb ist Lohn genug und es besteht kein Bedürfnis, ihn noch mit politischen Rechten zu belohnen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ verjagt die Zeitschrift, deren Aufrichtigkeit ihr so große Verlegenheit bereitet, von sich abzuschütteln. Sie erklärt, die „Konservative Monatschrift“ sei kein Organ der Partei noch irgend einer konservativen Fraktion. Es ist ihr, wie sie versichert, zweifelhaft, ob die „Monatschrift“ mit der Darlegung so tief und grundsätzlich abweichender Anschauungen der konservativen Sache dient. Vielleicht ist aber doch der Politiker der „Monatschrift“ ein dem Herrn Dertel überlegener Geist. Er will Zugeständnisse machen, um nicht alles zu verlieren, und hofft wahrscheinlich auch zugleich, die Liberalen in die Blockade locken zu können. Seine Kultur scheint uns bedauernd zu sein, als die bluternen Beharrungspolitik der „Deutschen Tageszeitung“, die zu keinem anderen Ergebnis führen kann, als zu einem Ende mit Schreden.

Angenehmliche Zentrumswähler. Die Kandidatur des Professors Dr. Martin Spahn im Wahlkreis Warburg, einer bombensicheren Zentrumskategorie, ist den Wählern einfach ausfoltriert worden, und als Widerspruch erfolgte, wurden sie mit dem Versprechen beruhigt, daß Herr Spahn bloß für den Rest der Legislaturperiode in den Reichstag einzutreten werde. So ganz liehen sich die Opponenten freilich nicht einsehen, denn wenn das Spätschicksal einmal sikt, dann ist es nicht leicht wieder auszuweichen. Deshalb macht sich jetzt, wie die „Köln. Volksztg.“ mit Verweis auf einen Teil des Wahlkreises eine lebhaftere Bewegung gegen Dr. Spahn geltend. Die Opposition stützt sich dabei auf den bekannten wahlrechtseindlichen Artikel, den Professor Spahn jüngst in der Zeitung „Hochland“ veröffentlicht hat. Das „Westfälische Volksblatt“ in Baderborn hat nun den Auftrag erhalten, den ominösen Artikel „zu beleuchten“ und hat diese Auslegungskunst nach bewährtem jesuitischen Prinzip so wunderbar fertiggebracht, daß selbst die „Kölnische Volkszeitung“ sich höchst befriedigt erklärt. Nicht so ein Teil der rablat gewordenen Zentrumswähler. Sie erklären:

„Kalls Spahn nicht öffentlich in größeren politischen Zeitungen seine Ansichten betreffend der Wahlrechtsfrage mitteilt, so ist es gewiß nicht, daß er an ein Urteil des Wahlkreises denkt. Allenfalls, in denen er vielleicht diese Frage streifen wird, so kann ihn die Zentrumskategorie nicht in ihre Reihen aufnehmen.“

Dieses Vorgehen erscheint dem Kölner Organ so bedenklich, daß es jetzt seine Aufmerksamkeit darauf richtet, den roten Lappen zu schwenken, um auf diese Weise die renitenten Wähler zur „Reinigung“ zu bringen. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt nämlich:

„Die sozialdemokratische Zentrale in Bielefeld ist auf diese Bestrebungen schon aufmerksam geworden und wird kaum unterlassen, sie für ihre Zwecke auszunutzen. Das dürfte der einzige Erfolg sein, den die an Parteidisziplin nicht zu gewöhnten, sondern persönlich keimend bösmeynenden Verschwörer haben werden. Es handelt sich hier um keine „große Aktion“, aber angeht die Wahlrechtsfrage, die das Zentrum im Hinblick auf 1911 treffen muß, ist es von höchstem Werte, auf alle und jede Symptome achtzugeben, die gerade in den „bombensicheren“ Wahlkreisen in Erscheinung treten. Wir müssen uns aber alles klar werden, damit werden wir demnächst am besten jede unangenehme Erfahrung hintanhalten.“

Ganz so mällig, als Herr Marx-Düsseldorf es hinstellt, fühlt sich das Zentrum also nicht in seiner Haut. Es wehrt inständig auch die kleinste Neuerung einer eigenen Meinung ab.

Folgen der Reichsfinanzreform. Die Lage der deutschen Rindholzfabrikation ist gegenwärtig eine überaus traurige, und die Aussichten geben zu großen Besorgnissen Anlaß. Die Fabrikanten haben sich gezwungen gesehen, eine Einschränkung der Produktion auf ein Drittel der sonst normalen vorzunehmen. Eine Anzahl Fabriken sind sogar zur gänzlichen Einstellung ihrer Betriebe gezwungen worden. So ist durch die Reichsfinanzreform ein bisher blühender Industriezweig mit allen Personen, die von ihm abhängen, teils vollständig ruiniert, teils in schwerste Bedrängnis geraten.

Internationale Regelung der Auslieferungsverträge. Die internationale kriminalistische Vereinigung hat soden auf ihrer Brüsseler Tagung beschlossen, die Regierungen zu ersuchen, auf die Togeordnung der Haager Konferenz die Aufstellung gemeinsamer Grundsätze über die Auslieferung zu legen. Es wird in der Tat hohe Zeit, daß diese Materie endlich gesetzlich und einheitlich geregelt wird, denn es herrscht auf diesem Gebiete nicht nur ein toller Wirrwarr von Verträgen, sondern auch eine Willkür, die zivilisierten Staaten durchaus unwürdig ist. Im Reichstag ist wiederholt versucht worden, eine reichsgerichtliche Regelung der Auslieferung von angeklagten oder verurteilten Personen an fremde Regierungen herbeizuführen und zwar unter Aufhebung der bestehenden Verträge der Einzelstaaten. Ein entsprechender Antrag, der für die Regelung der Auslieferung nur eine materielle Rechtsgrundlage von Reichs wegen verlangt, wurde auch vom Reichstage angenommen, ohne daß es bisher zu einer Vorlage für ein Auslieferungsgezet gekommen wäre. In Deutschland bestehen neben einer Reihe von Reichsverträgen auch solche von einzelnen Bundesstaaten mit fremden Staaten. Die Auslieferungsverträge des Reiches, wie sie mit Italien, England, Belgien, Schweiz, Luxemburg, Spanien, Schweden, Norwegen, Nieder-

lande, Dänemark, Japan, Serbien, Uruguay, Korea, Columbia und dem Kongostaat abgeschlossen sind, haben die formelle Gültigkeit von Reichsverträgen.

Ehe verabschiedet aber liegen die Verhältnisse bei den Verträgen der Einzelstaaten. Diese sind auch heute noch zum Abschluß neuer Verträge mit solchen Staaten berechtigt, mit denen das Reich keinen Vertrag abgeschlossen hat. Frankreichs Auslieferungsverträge bedürfen nach der Verfassung nicht der Zustimmung des Landtages. Verträge zwischen Frankreich, Frankreich, Österreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten. Von den übrigen Bundesstaaten haben mit fremden Staaten Verträge abgeschlossen: Dänemark mit Russland, Frankreich und den Vereinigten Staaten, außerdem sämtliche größere Bundesstaaten, einschließlich der Danzig-Städte mit Frankreich. Fast allen Verträgen ist die Nichtauslieferung wegen politischer Vergehen gemeinsam: sie gilt auch für Verträge, in denen sie nicht ausdrücklich erwähnt ist, wie in den Verträgen Frankreichs mit Nordamerika. Nur in den Verträgen, die Frankreich und Bayern mit Russland im Jahre 1893 abgeschlossen haben, wurde das Verbot dahin eingeschränkt, daß bei Verbrechen, die in politischer Absicht begangen sind, doch eine Auslieferung stattfinden.

Nach aber die sogenannte Attentatsklausel des belgischen Auslieferungsgezet, nach der ein Angriff auf das Oberhaupt einer fremden Regierung nicht als politisches Verbrechen angesehen ist, besteht eine grundsätzliche Verschiedenheit in den Auslieferungsverträgen der einzelnen Länder; während die meisten Staaten diese Klausel in ihre Verträge aufgenommen haben, verhielten sich andere Staaten, wie England, Italien und die Schweiz ablehnend dagegen.

Gegen das Arbeitskammergezet. Der „Neue politische Tageblat“ verbreitet anscheinend im Auftrag des Reichsanwalts des Reiches eine Notiz, in der erklärt wird, daß, wenn eine Verhandlung über die Wählbarkeit der Arbeiterkammer nicht herbeizuführen sei, ein Scheitern der ganzen Vorlage durchaus im Bereiche der Möglichkeit liege. Vorher aber werden die Bedenken der Regierung gegen die Wählbarkeit der genannten Arbeitervertreter in einer Schärfe und Breite auseinandergelegt, daß die ganze Notiz nur den Sinn haben kann: Entweder die Reichstagsmehrheit streicht die Wählbarkeit der Arbeiterkammer wieder oder die Regierung läßt das ganze Gezet scheitern. Possenilich läßt sich der Reichstag nicht einschüchtern.

Konservative Beschränkung und starkes Selbstbewußtsein des schwarzen Volkstribuns. In einer Zentrumsversammlung in Schmiedel bei Köln sprach der Abgeordnete Marx-Düsseldorf über die letzten Nachwahlen; er meinte, die Niederlagen der konservativen Partei seien hauptsächlich dadurch zu erklären, daß beispielsweise im Kreise Dlegla-Pod die Wähler nicht gewußt hätten, wie ihr Abgeordneter Graf Stolberg ausgefallen habe. Die konservativen Wähler wählten eben aus Gewohnheit, die Ultramontanen aber aus Überzeugung (oder aus Dummheit!). Was die Wahl von Marx in seinem Kreise angeht, so wisse er, daß dem damaligen Ausgang der Wahl in Wilhelm-Gummersbach auch ein höherer Stelle mit großem Interesse entgegengesehen wurde. Der Minister des Innern und der Reichstagspräsident hätten Anweisung gegeben, daß ihnen noch am Tage der Wahl ihr Ausfall bekannt gegeben werde. Der Reichstagspräsident habe dann später erklärt, die Wahlen hätten Resultat dafür abgelegt, daß dem Zentrum nicht beizukommen sei. So werde es auch bei den kommenden Wahlen gehen, denen die Zentrumspartei mit Zuversicht entgegenstehe. Abwarten!

Haussager gegen Bergbauwächstener. Der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzervereine beschloß auf seiner in Braunschweig abgehaltenen 32. Tagung, daß am 9. November in Berlin eine Massensammlung von allen Hausbesitzervereinen Deutschlands abgehalten werden soll, um gegen die geplante Bergbauwächstener Protest zu erheben.

Nationalliberaler Vertretertag. Am 1. und 2. Oktober halten die Nationalliberalen ihren diesjährigen Vertretertag in Kassel ab. Der erste Verhandlungstag am 1. Oktober dürfte, wie parteioffiziell gemeldet wird, durch eine Aussprache über die allgemeine politische Lage, an der Hand eines Referates des Herrn Abgeordneten Basser mann, Gelegenheit zu einer geschändlichen und nützlichen Aussprache bieten, als das durch mancherlei Vorkommnisse auch in den eigenen Reihen wenig zu Nutz und Frommen der Partei in diesen Wochen bestätigt ist.

Konservative im nationalliberalen Lager. Der bekannte Donner Professor Dr. Etter-Somlo schreibt in seinem „Zentralblatt“: „Ich bemerke zum größten Male, daß ich konservativ gerichtet bin und meinen Platz, entsprechend den Verhältnissen im Rheinlande, auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen einnehme.“

Die Nationalliberalen ertragen diesen Zustand in aller Gemütsruhe, anstatt dem Professor zu sagen, daß Konservative doch unmöglich in einer liberalen Partei sein können. Welcher Verlaß kann auf eine Partei sein, die Mitglieder besitzt, die sich offen zu einer anderen Partei bekennen? Auch sonst ist diese Selbstkränkung des Herrn Etter-Somlo recht interessant.

Ein müder Reichstagsabgeordneter. Der konservative Reichstagsabgeordnete Pennung, der den Wahlkreis Kalaun-Luda seit dem Jahre 1893 im Reichstage vertritt, beabsichtigt mit

Abank der gegenwärtigen Legislaturperiode aus dem parlamentarischen Leben auszuscheiden. Wie der „Mittelst. Anz.“ mitteilt, wurde in einer Sitzung in Ludau abgehaltenen Sitzung der konservativen Vertrauensmänner mitgeteilt, daß Pennung mit Rücksicht auf sein hohes Alter eine Wiederwahlstellung abgelehnt habe. Es wurde in Vorschlag gebracht, den Landrat Freiherrn v. Mantzenhof als Kandidaten anzustellen. In einer Beschlusfassung kam es jedoch nicht, da gegen diese Kandidatur Einwendungen erhoben wurden.

Oberbürgermeister Dr. Schmieding schwer erkrankt. Im Sanatorium Vornega erlitt Oberbürgermeister Dr. Schmieding einen schweren Schlaganfall. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Der Schiffschaber geht weiter. Türkische Blätter berichten, daß der türkische Volkshaber in Berlin beauftragt worden ist, zwei weitere deutsche Panzerschiffe anzulassen.

Ausland

Eine Friedensabstimmung in der ganzen Welt. hat der bürgerliche Brüsseler Weltfriedenskongress beschlossen. Am 22. Februar 1911 soll in allen Hauptstädten eine Volksabstimmung über die Frage der schrittweisen Abrüstung stattfinden, die in der folgenden drei Jahren in allen Städten fortgesetzt werden soll. Das Gesamtergebnis soll 1914 der Haager Friedenskonferenz vorgelegt werden. Eine Gedenkmarke mit der Aufschrift: Pax mundi (Weltfriede) wird zum Zwecke dieser Kundgebung herausgegeben werden.

Der englische Gewerkschaftskongress. Für den diesjährigen englischen Gewerkschaftskongress, der, wie wir berichteten, in der zweiten Septemberwoche in Sheffield stattfindet, sind neben den vielen alljährlich wiederkehrenden und gleichlautenden Resolutionen einige neue Vorschläge eingebracht worden, die deutlich das zweifellos schon in größeren Kreisen vorhandene Streben nach einer größeren Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringen. Die Organisation der Steuer verlangt, daß unmittelbar Schritte unternommen werden, um den Gewerkschaftskongress, die General Federation of Trade Unions und die „Labour“ Partei zu vereinigen, zumal sie alle fast genau denselben Personenkreis umfassen und bei ihren alljährlichen Zusammenkünften die gleichen Fragen behandeln und natürlich auch mit dem gleichen Ergebnis. Der Verband der Tischler verlangt die Verschmelzung aller Gewerkschaften innerhalb derselben Industrie.

Ganz Russland ein Spießbudenhaus. In Kiew wurden zahlreiche Fälle von Beschlüssen und Mißbräuchen der Gouvernementsverwaltung festgestellt. Ferner sind ganz beispiellose Diebstehereien in den Waggonbauwerkstätten in der Nähe von Kiew entbehrt worden. Eine Reihe von Schutzigen wurde verhaftet.

Einwanderung in Kanada. Die Anzahl der nach Kanada eingewanderten Personen belief sich während der letzten sechs Monate auf annähernd 160.000, von denen 75.000 englischer und kontinentaler Herkunft waren, während sich die überwiegende Anzahl der anderen größeren Hälfte aus Nordamerikanern rekrutierte, die die Vereinigten Staaten verlassen, um sich im westlichen Kanada niederzulassen, dessen Bodenverhältnisse ihnen günstiger erscheinen als die Nordamerikas.

Ein spanisches Zentrum. In Spanien sind in der letzten Zeit im karlistischen Lager zahlreiche Junten, das sind geheime Gesellschaften, gegründet worden, die von der katholischen Geistlichkeit protegiert werden. Es handelt sich hierbei also um die Gründung einer spanischen Zentrumspartei mit starkem karlistischen Einschlage. Wie aus San Sebastian berichtet wird, haben die Junten von Navarra, Biscaya, Rioja und Guipuzcoa beschlossen, die Propaganda in ganz Spanien fortzusetzen und weiter Junten für die Verteidigung des Katholizismus zu bilden. Es wurde ein Generalrat ernannt, um eine großartige Kundgebung gegen die Regierung zu organisieren. Die Senatoren und Deputierten der vier Provinzen beschlossen, die Freilassung der noch Verhafteten zu verlangen.

Man kann es begreifen, daß die spanischen Karlisten jetzt alles versuchen, um die ungeheure Blamage, die sie sich am letzten Sonntag in San Sebastian zugezogen haben, wieder weitzumachen. Ob es aber dem spanischen Zentrum gelingen wird, die „großartige Kundgebung gegen die Regierung“ zustande zu bringen, bleibt abzuwarten.

Angriff auf den Bürgermeister von New York. Bürgermeister Gaynor wurde, als er auf dem Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ nach Europa abreisen wollte, durch einen Revolveranschlag schwer verletzt. Der Täter wurde verhaftet. In dem Augenblick, in dem das Attentat erfolgte, stand Gaynor auf dem Oberdeck des Dampfers in Unterhaltung mit mehreren Freunden. Die Kugel drang in die linke Kopfseite ein. Gaynor beabsichtigt,

Roland von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (W. Käring)

138.

18.

Um ein Stunde früher oder zwei, als wir die Reisenden an der Brücke stehen, hörte man das ehemalige Schloß, von dem der Herr von Bredow sprach, noch in der Ferne leuchten können. Mindestens den einen runden Wasserturm, den die Augen aus der Dornenbüsche des Marktplatzes nur angerührt hatten. Noch ragte er schlang in die Lüfte, und nur sein Dach war zerbrochen und von den Zinnen und übertragerten Steinen einiges losgebrochen. So ein Turm ist zübe; wenn er fest und tief in der Erde wurzelt, hält er was aus, der Sturm wegt ihn und er schwanzt, aber er bricht nicht.

Einige dreißig Jahre früher sah er freilich anders aus: da ragte er wie ein schlanker, hoher Schornstein über die Schloßdächer, die Mauern und kleineren Türmen hinaus, und es ging bisweilen munter brin zu; aber draußen war's ein Schreden. Wer nicht vorbet mußte, der nahm gern einen Umweg. Nun hatten Augen und Feuer gemütschaftet, und ras sie überdachten, da hatten Regen und Schnee und Stürme gearbeitet, und mehr als die der Frühling. Der west Größer und Blumen, Keßeln und Ästeln. Gar lieblich anzuschauen ist's, wenn der Mai ein zerküßtes Gebäude mit grüner Dunter Lebenslust überhaucht. Er ist aber ein geheimer böher Feind. Die Wurzeln treibt er in die Fugen, und das Moos und der Rasen, die so sonst die Mauern überziehen, schlürfen den Regen auf, und hegen die Feuchtigkeit gegen die Sonnenstrahlen. Wurzeln und Ras hoch und bohren tiefer, und was eine schwere Stentügel nicht vermochte, das tut die Wurzel einer Gießtaube, sie bricht eine Felsenmauer.

Im Winterleide sah die Ruine gar trostlos aus. Zwar hing ein Langerbusch über dem zerstörten Tor, ein Zeichen, daß hier Einsturz war; auch eine Art Schild. Auf einem alten Brettle war mit Kreide eine Figur gemalt, die einen Mann vorstellte sollte. Geschrieben stand's nicht drunter. Wenn's auch einer zu schreiben, es hätte es doch keiner zu lesen gewußt. Und auch eine Kranchküle witzelte aus dem Schutte auf. Die Ruine war also bewohnt, und eine Herberge nannte sie der Bewohner. Ja, eine traurige Herberge. Wenn ein Rater aus Niederlande eine Schenke unterstellen mögen wo man nicht weiß, ob der freie Himmel besser ist, oder die Einleche, der hätte hier zeichnen sollen.

Auf einem Berge lag nicht die Burg Althövel; solche Schloßer haben wir nicht in den Marken. Aber fest genau der Lage Lage doch für die Zeiten. Denn die Zeiten, die es

gebaut, Gott weiß, wer die waren, hatten sich einen trockenen Fleck im Sumpf gesucht, eilfde zehn, zwölf Fuß über dem Wasser, und das gab schon eine hübsche Höhe. Da hatten sie Mauern aufgeführt, noch ein zwölf Fuß hoch und darüber, von ungeheueren Feldsteinen und fünf, sechs Ellen dick. In jenen Zeiten ga's noch viel solcher Steine in den Marken, als schon gesagt ist, aber tausend arme Wenden konnten sich krumm tragen, und ihre Ochsen wund peitischen, daß sie die Steine, die zu der Mauer nötig waren, nur heranz schleppen. Wachsen hätte keiner dürfen; und der Ritter, der's befohl, lächelte wohl noch, und hätte in unserer Sprache gesagt, er sei ein Wohlthäter der Umgegend, denn er verbessere den Acker. Was der Ritter sagte, das mußten sie glauben. Auch hätten die alten Herren wohl noch höher die Mauern gelaut, so schwer es fällt, solche Granitblöcke hinaufzuwinden; aber die Mauerer schüttelten den Kopf. Denn wie fest auch der talte Mörtel ist, die Steine sind doch rund, und wenn man in den Himmel bauen will mit runden Steinen, so brücht das zu schwer, die Unterlage weicht, und es rollt am Ende das ganze Werk zusammen. Um deshalb hatte der Zimmerer fortgesetzt, was der Mauerer gelassen. Aber von dessen Werk war nichts zu sehen. Die Obermauern von Fachwerk und Mauerstein und Lössen waren verbrannt und niedergebissen. Und von den Feldsteinen gingen sie auch schon an fortzulassen; die in der Höhe haften, brachten sie gut. So ging in den Marken viel verloren von dem, was im Altertum war. Die da lebten, wollten auch Häuser haben, und die Lebenden haben immer recht gegen die Toten. Es geht einmal nicht anders in der Welt. Und dann dachten sie auch: was sind denn Feldsteine? Die gehören jedermann. Die Vorländer haben sie genommen just als wie sie sie auf dem Felde fanden, und nichts daran getan, als sie legten einen neben den andern und häuften einen über zwei andere. Und da hatten sie wieder recht, sie fortzunehmen, gleich als wie jene sie genommen. Und sie haften sie zu Schwellen und Ecksteinen, und meißelten auch wohl Sitze daraus vor den Türen; und die Rechtschaffen sind der Meinung, diese fleißigen Leute erst hätten an den Steinen ein Recht erworben, und wären ihre rechtmäßigen Eigentümer worden dadurch, daß sie daraus etwas geschaffen; die Ritter aber wären's nicht gewesen, die sie roh ließen, als sie von Natur waren.

Wie dem nun auch sei, was von gebannten Steinen aufgeführt war, als der Lorbogen und eilfde Pfeiler und der Wasserturm, die standen noch immer, als wie sie nach dem Brande geblieben. Die rih keiner an, die hatte keiner fort. War's, daß man Schen hatte vor so kunstvollem Menschenwerk, und man wollte nicht zerstören, was keiner wieder bauen konnte, so stark und schund; oder war's so fest, und sie konnten die Steine vom Mörtele nicht losbrechen, ohne daß die

Steine entzwei gingen? Denn unsere Vorbäter haben gemauert, als wir nicht mehr mauern können. Hi's, als wenn Wind und Wetter dem Mörtele nichts tut.

Der Burg Stärke aber war, mehr noch als Mauern und Turm, ihre Lage. Denn ringsum war Moor und Sumpf, und der trockene Weg ging im Platz hindurch. Wer ihn nicht kannte, geriet irrel. Und ein Fieß, das des Moores Wasser aufnahm und weiterflühte, war um die Mauern gestelzt. Sumpf führte eine Zugbrücke hindüber, ist war der Graben da verschüttet, und man konnte über einen Damms ans Tor. Und doch schaute es noch immer finster aus und drohend. War's keine Festung mehr, so konnte es doch ein gut Raubnest sein. Die abgehorbenen Baumchen, die auf der Mauer nisteten, schüttelten sich im Winde, als wollten sie den Wanderer zurückschrecken, und der Schnee lag traurig auf den Mauern und auf den paar verbrannten Sparten, die noch auf den Dächern hielten, bis Sturm und Regen sie herunterwerfe. Die Menschen hatten's bequemer, das Holz aus dem Wald holen, als mit der Art auf die bröcklige Mauer steigen. Gab's aber mehr wie ein großes Nest der Krähen als der Menschen aus; denn die saßen schwarz auf den Sparten und Balken und wo eine Spitze vorragte, als hätten sie die Ritter abgeleßt und schauten auf Beute aus.

Da schritt ein kleiner Mann in einem Schopfe, und solche Mäße hatte er auch auf dem Kopfe, um die Stunde nach dem Tor zu, wo die Stellung nachläßt und der Abend einbricht im Winter. Auf dem Rücken trug er eine Last Holz, und in der Hand ein Beil. Und plöblich hoben die Krähen einen häßlichen Gesang an. Er richtete sich auf, und schaute nach den Steinen zuerit, und dann um sich. Die Krähen schrien nach immer lauter und flatterten um den Turm, daß einem andern wäre hang worden. Er aber schaute gen Abend, und da er die dichten Wollen über die Klaffen aufsteigen sah, grünte sein Netz häßlich Gesang und er schüttelte den Kopf. Wann hatte er ins Tor und in den Hof. Da sah es nun noch wilder aus, als draußen, ob doch jeder auf den ersten Blick erkennen mochte, daß das Nest bewohnt war. Denn saßen Untates und Mist lagen neben dem Schutthaufen, und Hunde und Schweine liefen um, Rasen auch. Die Schweine heben sich nicht um den Mann; oder die Hunde kafften ihn freude an, und wollten ihm gar auf die Schulter springen. Er fieß sie aber mit einem Fieß zurück. Und wo noch der Hauptstod vom alten Schloße stand, und es mochte wohl der Ritteraal gewesen sein, da mußte ein Stall ist sein, denn es blökte und mischerte brant, und die Fancher aus den Mauern und höher über die Schwellen, dahin zurück, wo manch junges Fräulein und manch junger Ritter auf den Stelen mochten sterlich getanz haben. Es hat alles seine Zeit.

... einen Monat zur Erholung nach Nordamerika zu reisen. ...

Gewalttätigkeit in Ägypten. Die ägyptische Regierung, ...

Partei-Angelegenheiten.

Die Hamburger Parteioffizianten zur Festsitzung ...

Die Zustimmung der Mehrheit der sozialdemokratischen ...

Die holländisch-byzantinischen Rundgebungen einiger Vertreter ...

Wir fordern vom Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, ...

Wir fordern ferner, daß der Parteitag den Parteivorstand ...

Gegen die Budgetbewilliger sprachen sich ferner die Genossen ...

Die Landeskonferenz für das Großherzogtum Anhalt ...

Der Gothaer Landesparteitag fand am Sonntag im ...

Zum holländischen Budgetstreit wurde eine beurteilende Resolution ...

Reichstagskandidaturen. Im 22. sächsischen Wahl-

Arbeiterbewegung.

Vermittlung des Reichsamts des Innern ...

Das Reichsamt des Innern wird, wenn die Annahme des ...

Der Kampf gegen den Leipziger Metallindustriellen- ...

an antworten. Er hat damit die in den vier großen Metallarbeiter-

Bereits am Sonntag verhängten Anschläge an den Plakat- ...

Erfolgreicher Streik der Dachdecker in Burg. Der

Schmiedeausbau. Bei der Firma Schneider n. Co.,

Die Differenzen in der Hamburger Holzindustrie ...

Bei der Firma Ehrlich-Fabrik für Autogenschweiß- ...

Der Streik der Stuckateure in Duisburg ...

Der Streik der Formner und Stengleker in der ...

Aus Oberschlesien.

Die guten Facharbeiter.

Zu unserem unter „Fabrik“ in Nr. 183 vom 7. August ...

chten, daß der Tarif im nächsten Jahr. Der letzte Tarif

Wenn aber in diesem Tarif geschrieben steht, daß die Un- ...

Die hatten daher unsere Behauptungen aufrecht und fügen ...

Stetsch, 10. August. Gewerkschaftsstatistik. Am

Stetsch, 10. August. Gefahren des Grube. Durch

Madisonkau, 10. August. Eisenbahnen Unbe. Son-

Porstater, 10. August. Bergarbeiter-Streit.

Putzkau, 10. August. Eingemeindung von Langen- ...

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion ...

W. Schönborn. Nach § 107 des preussischen Gerichts-

A. 13. Die sächsische General-Vormundschaft in Dresden

P. 100. Bei der Frage, welche Invalidenmarken Sie zu

R. Rillerthal. Im Spandauer Jubiläum soll ein Kriegs-

M. S. Sie müssen abwarten.

D. R., Sonntag. Ist der Mann in einer Heilanstalt der

W. Riebersdorf. Der Bruder ist nicht verpflichtet, das

Offnung Maschin. Schreiben Sie an den Partei-Sekretär,

60 Bgg. Eingefandtes Interat kostet 75 Pf.

F. Neu-Sohendorf. Ist das Mädchen Mitglied einer

F. S. 7. Wenn die Röhre passend gemacht werden, müssen

S. B. Bekehrten Sie sich bei der Eisenbahn-Direktion in

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. - Redaktion und Expedition: ...

Sind Sie Cigarettenkenner?
Dann sind die Nachahmungen der Salem Aleikum für Sie wertlos. ...
Salem Aleikum
No.
Orient. Tabak- & Cigart. Fabr.
„Yenidze“, Inh.: Hugo Zietz
Dresden.
Preis No. 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 Pf. d. St.

Meizer Dombau-Gold-Lotterie

Lose à 5,50 M., 1/2 Lose à 2,75 M. Hauptgewinne 100000, 30000, 20000, 10000 M.

Ziehung 18.-20. August cr.

Obige Lose empfiehlt und versendet:

B. Klement, Breslau I, Ring 22, Spezial-Lotterie, Bank-Geschäft und Münzenhandlung

Schleswig-Holsteiner

Pferde-Lotterie

Lose à 50 Pf., 11 Lose 5 M. Ziehung 12. August cr.

Frankfurter Sport-Lotterie

Lose à 1 M., 11 Lose 10 M., Hauptgewinne 25000, 10000, 5000 M.W.

Ziehung 26. und 27. August cr.

Berliner Lotterie

Lose à 3 Mk., Hauptgewinne 50000, 10000, 5000 M.W.

Ziehung 3. September cr.

gegenüber dem Schweißnitzer Keller

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brieg

Arbeiter-Konfektion, Kleiderstoffe, Damen-Konfekt., Herren- u. Knaben-Garderobe...

Freiburg

Uhren, Gold- u. Silberwaren, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Jauer

Sollen, Parfümerien, Herren- u. Damenkonfektion, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Ohlau

Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Gard., Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Herrn-Garderobe

Semper, A., M., Herren-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Reste und Parfümerien

Wiedemann, W., Reste und Parfümerien, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Bach, Str.

Konfektion u. Gemischtwaren, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Schraweck, E.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Liegnitz

Abzahlungs-Geschäfte, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Schmiedeberg

Gemischte Waren, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Strehlen

Drogen und Farben, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Gottesberg, Felhammer

Buchhandl. u. Papiergehäft, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Bunzlau

Fahrräder, Herren-Artikel, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Haynau

Galanterie- u. Spielwaren, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Hirschberg

Bau- und Möbelschreiner, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Waldenburger Industrieviertel

Automaten-Restaurant, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Altwasser

Bücher, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Weisstein, N.-Hermisdorf

Bücher, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Keinze, Bruno

Kleiderstoffe, Damen-Konfekt., Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Burghard, J.W.

Manufaktur- u. Modewaren, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Automaten-Restaurant

Abzahlungs-Geschäfte, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Waldenburger Industrieviertel

Abzahlungs-Geschäfte, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Waldenburger Industrieviertel

Abzahlungs-Geschäfte, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Waldenburger Industrieviertel

Abzahlungs-Geschäfte, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Dtsch-Lissa, Stabelwitz

Brauereien und Restaurations, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Milke, G.A.

Drogen und Farben, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Tack, Conrad & Cie.

Uhren und Goldwaren, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Waldenburger Industrieviertel

Abzahlungs-Geschäfte, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Waldenburger Industrieviertel

Abzahlungs-Geschäfte, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Waldenburger Industrieviertel

Abzahlungs-Geschäfte, Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe...

Donnerstag, den 11. August 1910.

8. Bundestag des Arbeiterradfahrerbundes Solidarität.

Frankfurt a. M., 8. August.

2. Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit Entgegennahme des Kassenschieds, den der erste Kassierer, Hermann Offenbach, vorlegt. Die Abrechnung für 1909 beläuft sich auf 756.891,45 Mk. Die Bilanz weist ein Vermögen von 1.000.000 Mk. auf. Der Kassenschied für das erste Halbjahr 1910, den der Kassierer erläutert, zeigt in Einnahmen und Ausgaben 127.173,09 Mk. An reinen Beiträgen wurden in dieser Zeit 104,49 Mk. vereinnahmt. Die Rechnung verbrauchte 100 Mk. und für Unterhaltungen wurden 44.296,30 Mk. ausbezahlt. Die Gasse bekamen zur Vorbereitung der Agitation und Werbung der örtlichen Ausbeuten 40.315,41 Mk. Rummernmann, der die diesjährige Bundestage trage den Stempel der Finanzverwaltung auf sich, die unbedingt vorgenommen werden müsse. Der Kassenschied zeige die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung. Das Vermögen sei nicht nur im letzten Jahre, sondern seit 1905 abgenommen. Damals sei auf den Kopf pro Mitglied ein Betrag von 1,6 Mk. gekommen. Die fortgesetzte Belastung der Kasse habe aber verursacht, daß das Vermögen pro Kopf der Mitglieder auf 1,4 Mk. im Jahre 1906, 1,14 Mk. 1908 und 1,02 Mk. 1909 zurückging. Die fortwährende Reduzierung veranlasse den Vorstand, vorzuschlagen, den Monatsbeitrag von 20 auf 15 Pf. zu erhöhen und die Delegiertensteuer wegzulassen zu lassen. Dieser Vorschlag für Annahme dieses Vorschlags.

Den Bericht des Ausschusses über die eingelaufenen Beschwerden ausführlich.

Die Debatte über die Berichte

Die Debatte über die Berichte ist lebhaft. Im allgemeinen sind die Redner mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Die Stellung des Vorstandes in der Rechtschutzfrage wird aber verschiedentlich kritisiert. Gleich der erste Redner, Schöfeler-Bremen, wandte sich gegen Ausführungen Fischers bezüglich des Rechtschutzes. Man dürfe den Mitgliedern nicht zumuten, wie Fischer es tue, bei Prozessen um Gewährung des Armenrechts einzufolgen. Es sei nur zu begreiflich, wenn die Mitglieder sich dieserhalb aufregen, da diese der Meinung seien, Rechte beanspruchen zu können. Palm-Berlin unterstützt diese Ausführungen. Man dürfe nicht Mitglieder, die den Anspruch auf Rechtschutz haben, auf den Armenrecht verweisen. Fischer-Offenbach antwortet darauf hin, daß man durch Inanspruchnahme des Armenrechts des Rechtschutzes nicht verlustig gehen kann, wie irrtümlich von dem Redner geglaubt werde. Wagner-Delitzsch: Wenn Fischer darauf hinwies, daß Parteigenossen noch bürgerlichen Vereinen angehören, so muß aber doch auch betont werden, daß ein Teil der Mitglieder nicht gewerkschaftlich und politisch organisiert sind. Die Forderung der Parteigenossen, daß diese Sportgenossen sich vor allen Dingen der Partei und der Gewerkschaft anschließen sollen, ist nur berechtigt. Klopffer-Jena kritisiert das letzte Erscheinen des Geschäftsberichts. Der Rechtschutz müsse mehr ausgebaut werden. Hartmann-Rudolstadt übt an der inneren Verwaltungstätigkeit des Vorstandes Kritik. Er verlangt, daß die nichtbesoldete Vorstandsmittelglieder zu den Beratungen des Bundestages hinzugezogen werden. Besonders kritisiert er die Form der Abrechnung, die nicht klar und übersichtlich genug sei. Die Verwaltungskosten seien zu hoch. Auch die Ferien der Beamten — die nach den Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse festgesetzt sind — sind dem Redner zu lang, was sich allerdings aus dem Munde eines aufgestellten sein wollenden Arbeiters recht sonderbar anmutet. Kassierer Sachs-Offenbach wies die Angriffe von Hartmann energisch zurück und zeigte, daß dieser in manchen Punkten nicht richtig informiert war. Es wird beschlossen, ein unbesoldetes Vorstandsmittelglied und — auf Vorschlag des Kassierers — den Vorsitzenden der Revisionskommission zu den Verhandlungen zuzuziehen.

In der weiteren Debatte gehen die Redner zum Teil auf die Verhältnisse ein. Neue Gesichtspunkte, die von allgemeinem Interesse sind, werden nicht vorgetragen. Durch Schlußantrag wurde die Diskussion schließlich beendet. Im Schlußwort gingen die Redner auf die erhobenen Einwände ein und präzisieren ihre Stellung hierzu. Dem gesamten Vorstand wurde dann Entlastung erteilt.

Darauf gab Redakteur Sabe-Offenbach a. M. den Bericht der Redaktion.

Die Art und Tendenz des Bundesorgans seien den alten Grundsätzen zu bleiben: in erster Linie die Nachfahrangelegenheiten zu behandeln und die politischen und wirtschaftlichen Fragen nur soweit zu berühren, wie sie mit den Interessen des Bundes und der Sportgenossen zusammenhängen. Die Gewerkschaften werden weitgehend unterstützt, wenn in einem Betriebe, wo Nachfahrartikel hergestellt werden, Differenzen entstehen. Beschwerden über Inhalt und Tendenz seien nicht

erfolgt. Nur die Behörden seien mit dem Organ nicht zufrieden, sie schloffen aus seinem Inhalt, daß der Bund eine politische sozialdemokratische Organisation sei. Bei diesem Verhalten der Behörden sei die Frage angebracht, ob diese Scheu, politische Angelegenheiten zu behandeln, noch weiter eingehalten werden solle. Er (Sabe) sei der Ansicht, daß man nicht so ängstlich zu sein braucht und ohne Rücksicht zu politischen Fragen Stellung nimmt. (Sehr richtig!) Redner bespricht nun die finanzielle Seite und geht dann auf die Expeditionsangelegenheiten ein.

Der Bericht der Prekominmission liegt gedruckt vor. Differenzen mit der Redaktion entstanden keine. An den Redaktionsbericht schloß sich eine längere Debatte, in der eine Reihe Wünsche vorgetragen wurde. Die Verhandlungen wurden sodann vertagt.

10. Verbandstag des Zentralverbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Halle, den 6. August 1910.

Nachmittags-Sitzung.

In Bezug auf den Bericht des Kassierers Bruno Können war der Antrag hauber auf die Ausführungen in unserem Vorbericht verwiesen, wo alle nötigen Angaben bereits gemacht sind. Martin-Schubert erklärte im Auftrage der Redatoren, Kasse und Ausschüsse stets in bester Ordnung befunden zu haben. Der Ausschussbericht des Kollegen Koch-Hamburg betraf nur interne Verbandsangelegenheiten.

Redakteur Schneider konnte konstatieren, daß nebenswerte Beschwerden über die Haltung der Redaktion nicht eingegangen sind, auch aus den Anträgen ist nicht ersichtlich, daß die Gesamtheit irgendwem unzufrieden mit der Haltung des Blattes ist; deshalb ging Redner sofort auf die Behauptung der zum Vorblatt vorliegenden Anträge über, wobei das a) forderte achtseitige Erscheinen des

„Proletarier“

durchaus seinen Beifall fand, doch seine Verwirklichung sei abhängig von der zukünftigen Beitragsgestaltung, dagegen die Vorschläge auf Schaffung einer „Frauenzelle“ und Herausgabe des „Proletariats“ in tschechischer Sprache von ihm unbedingt verworfen wurden. Längere Ausführungen machte er dann über die Absichten, die er bei der Abfassung verschiedener Artikel verfolgt, die den Widerspruch einiger Mittelglieder hervorgerufen hatten. Es handelt sich um Artikel über das Kartellwesen und verschiedene Verhältnisse unter den Unternehmern der Papierindustrie, „Kantons Weg zur Macht“ und einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ über Gewerkschaftsbeamte und Arbeiter. Zu den Artikeln gegen den Reichstag habe Redner sich verpflichtet gefühlt, als ihm bekannt wurde, daß die Parteivorantwärtigen auf alle Weise verhindern, diese Broschüre auch in die Hände der Gewerkschaftsmittelglieder zu bringen. Auf den Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ über die Gewerkschaftliche Arbeit zu leisten. Sachlich wäre jedoch auf diesen Artikel überhaupt nicht zu antworten gewesen; es mußte einfach erwidert werden nach der Devise: Auf einen großen Klug gehört ein großer Kell.

In der darauf folgenden Diskussion erklärte zunächst Schumann-Leipzig, daß Schneiders Darstellungen über die Leipziger Verhältnisse nicht in allen Dingen richtig seien. Er konstatierte ausdrücklich, daß die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrem Verleichen die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht erschwere, sondern in jeder Art und Weise bemüht ist, sie zu fördern; das erkennen selbst solche Gewerkschaften an, die schon über gelegentliche zu scharfe Ausdrücke bei der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ Beschwerde führten.

Die Stellung Kantons zur Gewerkschaftsbewegung wurde von einem hannoverschen Delegierten, Hartlieb, sehr temperamentalvoll in dem Sinne erörtert, daß Kantons in seiner Richtung ein Feind der Gewerkschaftsbewegung sei, und seine Verdienste um die Arbeiterbewegung nicht abzuleugnen seien. Was Kantons mit seinen prinzipiellen Auseinandersetzungen bezwecke, sei, die Gewerkschaften vor einer Überhöhung der Gewerkschaftsmacht, dem Verfall in Nützgewerkschaften zu warnen, ihnen zu zeigen, daß die kapitalistische Gesellschaft selbst der Gewerkschaftsmacht ihre Grenzen zieht. Ein anderer Redner, der auf die Sache einging, bezeichnete die Polemik des „Proletariats“ gegen Kantons als zwar scharf aber sachgemäß.

Im übrigen fanden aber fast alle Diskussionsredner an der Haltung des Fachorgans, wie der Tätigkeit des Vorstandes

nichts Wesentliches anzusehen. Monios, wie, daß der Vorstand sich bei der Bewilligung von Rechtschutzunterstützung u. a. weniger tätig zeigte, waren von keinem prinzipiellen Befang. Wohl wurden eine ganze Anzahl Anträge und Vorschläge begründet, die alle das aus dem Innern der Organisation herauskommende Erdringen und Streben betrafen, mehr noch als bisher zu tun, den indifferenter Teil der Arbeiter mit den Ideen des Verbandes zu durchdringen, und den Zweck haben, der Öffentlichkeit zu zeigen, welche erdrückendes, belastendes Material vorhanden ist, über die Ausbeutung der Arbeiter in den verschiedenen Ländern für den Verband in Betracht kommenden Industrien. Eine Aussprache pro und contra zwischen einem Delegierten der Volkshausenert Halle und einem Mitgliede des Zentralverbandes, wie dem zuständigen Gauleiter, zeitigte eine im Mai dieses Jahres sehr unergütlich verlaufene Lohnbewegung in Volkshausen.

Die Gesamtsitzung wurde nicht zu Ende gebracht und wird am Dienstag fortgesetzt.

Halle a. S., 9. August.

Zweiter Verhandlungstag.

Am Dienstag Morgen wurde die Diskussion über den Vorstandsbericht fortgesetzt. Auch hierbei traten erhebliche Differenzen zwischen Vorstand und Mitgliedschaft nicht aus. Neben den schon im gestrigen Bericht erwähnten Anträgen, den „Proletariats“ achtseitig und auch in tschechischer Sprache zu liefern, wurde noch eine ganze Anzahl weiterer Anträge begründet. — Jedes Jahr, bei Beginn der Kampagne in den Ziegelmägen solle der Vorstand ein einheitliches Flugblatt in tschechischer Sprache herausgeben; ein apollonischer tschechischer Mitglieder solle er geeignet ankommen-gestelltes Agitationsmaterial, sowie eine Schrift über die Aufgaben der Ortsfunktionäre und Arbeiterausschüsse aufstellen. Es wurde die stärkere Erschließung einer noch ziemlich neuen Seite der Agitation, die Anwendung von Photographen, Vorträgen und Photoapparate, gefordert. Besonders Schritte (Statistiken, Konferenzen, Petitionen an den Reichstag) wurden verlangt zur Gebung der sehr veräußerten geliebten Lage der Arbeiter in der Papier- und Zellstoff- und der Konfektionsindustrie. Weiter wurde die Angliederung eines statistischen und literarischen Kuratoriums an den Zentralverband, der

Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen

mit den für die Fabrikarbeiter in Betracht kommenden ökonomischen und nordischen Organisationen, der Abschluß eines Zentralvertrages mit der Grobkauf-Gesellschaft und dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine verlangt.

Am Freitag, aber lebhaft über Grenzkonflikte mit den Transport-, Mühlens- und Gemeindegewerkschaften und dem Väterverbande wurden laut. Ein Redner aus Essen trat dafür ein, daß der Vorstand energisch vorgehen möge, damit die Gebiete, die dem Verbande anstehen, für ihn gewahrt werden. Im Essener Gebiet allein befanden sich fünf Zechen, die 24.000 Tonnen Rohprodukt herstellen. Solche Zechenbetriebe der chemischen Industrie dürften unter keinen Umständen außer acht gelassen werden. Die Zechen stellen gleichfalls ganz riesige Summen von Ziegelmägen her; so nannte der Redner fünf Zechen, die allein über 44 Millionen Ziegeln herstellen.

Marthen der diesen geforderten Erneuerungen wurde von verschiedenen Delegierten entgegengehalten, daß sie die erhofften praktischen Erfolge gar nicht zeitigen würden, mindestens müßten aber die bezüglichen Orte durch Lokalbeiträge selbst die Kosten der geforderten Neuerungen aufbringen.

Auch sei es nicht zu empfehlen, unter allen Umständen in allen möglichen Betrieben vertreten, gewissermaßen der Hans Dampf in allen Gassen zu sein. Das zerstückelte nur die Kräfte der Funktionäre und der Verbands-Einrichtungen und schwäche die Stokkraft des Verbandes in jenen Betrieben, gegen die er der Natur der Dinge nach seine ganze Kraft aufwenden müsse.

Lebhaft umstritten wurde der Antrag, die noch vorläufig sich sträubende hiesige Zechenbetriebe durch einen Generalversammlungsbeschluss zum Anschluß an die Filiale Frankfurt a. M. zu verpflichten.

Die Diskussion fand erst mit Schluß der Morgen-sitzung durch Eröffnung der Rednerliste ihr Ende. Die Referenten, besonders Drey, gingen in ihren

Schlussworten

nach einmal eingehend die Berechtigung der erhobenen Beschwerden und das für und Wider der vertretenen Anträge und gemachten Anregungen durch. Auch die kritisch-theoretischen Fragen (Kantons) (sontra Gewerkschaftspunkt), die in der Diskussion eine gewisse Rolle gespielt hatten, wurden vom Redakteur Schneider wie von Drey noch einmal gestreift, wobei der letztere die Erklärung abgab, daß der gesamte Vorstand vollständig mit der Haltung des Proletariats wie mit

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Arbeiter-Ferienreise. Eine Anzahl Mitglieder des Niederösterreichischen Diamantarbeiterverbandes in Amsterdam haben sich zu einer Reisevereinigung vereinigt und haben in der vergangenen Woche eine Ferienreise durch Deutschland unternommen. Die Reise begann am 30. Juli und ging zunächst nach Hamburg. Dort besichtigten die Genossen die Einrichtungen der Großhandelsausstellung, die „Produktion“, das Gewerkschaftshaus, den Tierpark in Stellingen und den Friedhof in Hildesfeld. Bei einem dreitägigen Aufenthalt in Berlin wurden die Vorwärtsdruckerei, das Gewerkschaftshaus, die Einrichtungen der Bauingenieurgesellschaft in Hildesfeld, die Trepow-Sternwerke, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und verschiedene andere öffentliche Sehenswürdigkeiten durchgesehen. Am Freitag Mittag kamen die Reisenden, 40 an der Zahl, nach Leipzig und unternahmen allerdings in etwas drangvoller Eile einen Rundgang durch die innere Stadt, einen Besuch der Mühle, der Bäckerei und des Hauptplatzes des Konsumvereins Plagwitz, ferner eine Besichtigung des Buchgewerkschaftsmuseums einschließlich der Gutenberghalle. Trotz großer Ermüdung besuchten die Reisenden dann noch das Gewerkschaftshaus, wurden dort in liebenswürdigster Weise, wie ja überall, mit allen Einrichtungen bekannt gemacht. Ganz besonders gefielen dort die Einrichtungen des Wirtschaftsbetriebes, der große neue Saal und die musterhaften Herberädräume mit ihren praktischen Vorrichtungen. Die Genossen waren des Lobes voll und ließen sich dann die Strapazen des Tages nicht gereuen. Die Reise wurde am Sonntag nach Frankfurt a. M. fortgesetzt. Dort fanden Besuche des Waldmuseums und der Ausstellung für Sport und Spiel statt. Die Heimfahrt ging auf einem Rheindampfer von Kilsheim nach Bonn und dann per Eisenbahn am Sonntag Nachts nach Amsterdam. Die Exkursion diente vornehmlich Informationszwecken und war geleitet von der Bildungs-Kommission des Verbandes. Genosse Wood aus Amsterdam diente der Gesellschaft als Führer und vornehmlich Dolmetsch. Alle Erklärungen wurden von ihm in die niederländische Sprache übersetzt.

Ueber die Entstehung der Leichenverbrennung in der jüngeren Steinzeit, sprach auf dem diesjährigen Anthropologentage Professor Seger-Breslau. Er führte aus: Man hat sehr lange geglaubt, daß die ältere Steinzeit keine Leichenbestattung kannte, sondern daß die Toten einfach vercharret wurden. Die Graberbefunde haben uns neuerdings aber eines besseren belehrt. Es fanden sich bewußte Spuren einer rituellen Totenbestattung. Ursprünglich räumte man dem Toten vielfach den zuletzt benutzten Herd ein, indem man von der Herdplatte ausging, daß der Verstorbene ein hämonisches Wesen war und daß er einen Anspruch auf Heim und Herd habe. Dieses Herd räumte ihm die Lebenden ein, weniger aus Pietät als aus Ehrfurcht vor dem Toten. Auch die jüngere Steinzeit hatte noch

die Bestattung neben der Wohnstätte. Aber für die Dauer wurde die Nachbarschaft der Toten doch lästig. Man ging dazu über, allgemeine Begräbnisstätten zu errichten (Megalithgräber). Man wußte aber nicht, wie der Tote das aufnehmen würde, wenn man ihn den Wärme und Nahrung spendenden Herd weandhne. Man kam daher dazu, über den Gräbern heilige Feuer anzuzünden und Feuerstätten zu errichten, an denen Totenmahlszeiten veranstaltet wurden, von welchen der Tote natürlich seinen Teil abbekam. Die Vorstellung der Gräber als Wohnstätte des Toten sehen wir schon in der jüngsten Steinzeit verfallen. Man fuhr aber fort, Feuer anzuzünden. Hier sieht man, wie sich Volksgebräuche erhalten, auch wenn der Gehalte, aus dem heraus sie entstanden sind, längst in Vergessenheit geraten ist. Dieser Brauch dauerte in der Bronzezeit fort und in mancher Hinsicht hat sich der Volksgebrauch noch bis in die neueste Zeit erhalten. Das Verbrechen des Strohens des Totenlagers z. B., wie es in Süddeutschland noch im 19. Jahrhundert üblich war, herab auf die Vorstellung, daß der Tote nicht wiederkomme, wenn man seine Grab werfe. Vielleicht ist auch in dem Anginnen der Lichter auf den Gräbern an Allerheiligen ein Ueberbleibsel dieses Volksbrauchs zu suchen. In der jüngeren Steinzeit finden wir auch schon in weiten Gebieten neben der Bestattung die Leichenverbrennung. Das gleichzeitige Vorkommen von Bestattung und Verbrennung zeigt, daß noch kein Gegensatz zwischen beiden Arten bestand, oder vielmehr, daß dem Verbrennen noch keine religiöse Bedeutung beigegeben wurde. In der Bronzezeit verbreitete sich die Leichenverbrennung allmählich, das geschah unter dem Einfluß einer religiösen Idee. Man stellte sich vor, daß das Feuer, welches den Körper verzehrt, die Seele loslöse, und daß diese sich in den Weltraum oder das Totenreich verflüchte. Das war eine ungeheure Befreiung von der Furcht vor dem Tode. In der Eisenzeit machte sich die allmähliche Bewegung geltend, die einsetzte mit der Befreiung der Knochen- und Achenreste. Hieraus entwickelte sich dann weiter die Skelettbestattung. Wir bewegen uns im Kreislauf, denn jetzt sind wir im Begriff, wieder zur Feuerbestattung überzugehen.

Aus aller Welt.

Prüfungs-Bureaufratrus! Das „Eupaeer politische Volksblatt“ veröffentlicht folgende behördliche Korrespondenz, die zeigt, daß der bayerische Bureaukratismus sich neben dem preussischen sehr gut sehen lassen kann:

I.

Polizeipräsidentium München.
An die Oberstadthauptmannschaft Budapest.
Die hierorts bei dem Fabrikanten Heinrich Drucker bedienstete gewesene Waab Rosine Schraik ist am 18. d. spurlos

verschwunden und hat ihren dreijährigen unehelichen Sohn Franz Schraik zurückgelassen. Nachdem die Verschwindende nach Remetujar in Ungarn ankam, folgte ihr Sohn diese Zustände erb, wurde genannt Franz Schraik als unterunkst- und unterhandlos aus München für alle Zeiten ausgewiesen und ist am 20. d. nach der österreichischen Grenze abgehoben worden. Sicherheitswachmann Stelfengraber hat den Schöbling begleitet, und es wird erlucht, den Knaben von der österreichischen Grenze in Brud-Kiralyhida zu übernehmen und ihn nach seinem Zuständigkeitsort zuführen. Die Kosten des Verfahrens, 19,81 Mark, hat die Gemeinde Remetujar dem reichsdeutschen Konsul in Budapest angewiesen.

München, am 26. Juni 1910.

Der Polizeipräsident.

II.

Staatspolizeipräsidentium Budapest.
An das Polizeipräsidentium München.
Der in Aufschrift R. 11232 vom 26. Juni erwähnte Franz Schraik wurde am 19. Juli von der ungarischen Behörde Kiralyhida übernommen und in das staatliche Kinderasyl in Pres gebracht. Nachdem der Winkler Fabrikant Heinrich Drucker in einem vom 30. Juni datierten Brief sich bereit erklärt, das Kind seiner ehemaligen Waab, den dreijährigen Franz Schraik, an Kindes Statt zu adoptieren, wird um Aufklärung gebeten, ob genanntem Fabrikanten das Kind übergeben werden kann.
Budapest, 18. Juli 1910.

Der Oberstadthauptmann.

III.

Polizeipräsidentium München.
An die Oberstadthauptmannschaft Budapest.
In Erwiderung der Aufschrift R. 1002/1 wird bekanntgegeben, daß Franz Schraik aus München für alle Zeiten ausgewiesen wurde, demnach hierher nicht kommen kann, wodurch eine Adoption durch den übrigens auf bekenntmüßigen Fabrikanten Heinrich Drucker nicht durchführbar ist, ansonsten auch keine Ursache vorliegt, den Ausweisungsbefehl gegen Franz Schraik zurückzugeben.
München, 2. August 1910.

Der Polizeipräsident.

Das ist dieselbe Polizeimethode, die in einem anderen Falle die Dienstadt Anna Werner bis zum Rußland getrieben hat. Für diese Herrschaft existieren nur die Akten, was draußen im Leben zugrunde gehen, was will. Wenn solche Beamten-Maximen allemal mit ein paar Monaten Gefängnis für die Verantwortlichen gefolgt wären, könnten wir vielleicht mit einer Wandlung des Beamtengeistes rechnen.

seiner freiesten Stellungnahme zum „Weg zur Macht“ wie zu dem heftigsten Artikel der „Republik“ einverstanden sei. Er habe sich nicht nur nach dem Inhalt, sondern auch nach dem Stil der „Republik“ zu fesseln, abzulehnen. Und zwar aus denselben Gründen, aus denen heraus man es auch ablehne, den einzeln organisierten weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ zuzuschreiben. So wie diese würden auch die Jugendlichen den engen Zusammenhang mit dem Verband verlieren. Außerdem erweilt man den kritischen Jugendausschüssen damit einen schlechten Dienst, denn nehme man ihnen die Leitung der „Republik“ aus der Hand, so entziehe man ihnen damit ein wichtiges Hindemittel, durch das sie sich in Zusammenhang mit der Jugend erhalten.

In der Abstimmung

wurden folgende Beschlüsse gefasst und dem Vorstand zur Ausführung überwiesen:

1. Der Vorstand wird beauftragt, ein statistisches und literarisches Bureau als besondere Abteilung im Vorstand zu errichten.

2. Der Vorstand hat für Vertrauensleute, Hilfskassierer und Arbeiterausschüsse eine kleine Schrift herauszugeben, welche die Aufgaben derselben schildert.

Das von diesem zu sammelnde Material wird den Verbandsfunktionären zur Verfügung gestellt.

3. Wird von der Generalkommission zur Unterstützung Streikender oder Ausgesperrter aufgefordert, dann sind vom Vorstand Beiträge anzuschreiben und die hierzu erforderlichen Extramarken den Kassisten zuzuschicken.

4. Der Verbandsrat beauftragt den Vorstand, den Zusammenstoß der Bahnhelfer in Frankfurt a. M. und Fachsenheim sowie Eisenberg und Leuzenbrunn zu verfolgen.

Ein einstimmiger Bescheid bezieht sich auf Vorschläge zur Festlegung und Erweiterung der internationalen Konferenzen der Fabrikarbeiter vorliegenden tagenden internationalen Konferenz der Fabrikarbeiter vorzulegen werden sollen.

Für Verwirklichung der Überweisung wurde dem Vorstand:

1. Die jährliche Herausgabe eines allgemeinen Flugblattes für schweizerische Betriebsarbeiter,

2. die Förderung von Lichtbildvorträgen,

3. die Einleitung der schon erwähnten Schritte zur Forderung der Lage der in der Papier- und Zellstoff- und Konserveindustrie beschäftigten Arbeiter,

4. die Einleitung von Schritten zum Abschluß eines Zentraltarifs mit der Großhandels- und Einzelhandels- und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine für die in Kaffeebrennereien und in der Seifenfabrik Gröbba bei Riva beschäftigten Arbeiter, ferner zum Abschluß von Gegenleistungsverträgen mit den in Frage kommenden Organisationen Österreichs,

5. die Forderung in den Kassen- und Hilfskassiererbüchern mit der laufenden Wochennummer zu versehen.

Alle Vorschläge auf Umänderungen am Fachorgan — einschließlich Erscheinung — Frauenzeitschrift — Druck in schweizerischer Sprache — alle 14 Tage erscheinende Berichte aus der Rementindustrie — und so weiter, sowie auf Forderung der „Gleichheit“ von allen weiblichen Mitgliedern und Veröffentlichung der Vorstandsberichte im Fachorgan wurden abgelehnt.

Damit war Punkt 2 der Tagesordnung erledigt. Es wurde sodann eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen und referierte danach Hagemann-Hamburg als Berichterstatter der Statutenkommission über die von dieser Kommission unterbreiteten Vorschläge zur Statutenänderung. Am Mittwoch wird die Diskussion über diese Vorschläge beginnen.

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 10. August.

Geschichtskalender

11. August.

- 1778 Der Turnvater Friedrich Ludwig Jahn in Lang bei Willenberg *.
- 1815 Napoleon nach St. Helena gebracht.
- 1849 Der Vater und Kunstschriftsteller Hermann Knackfuß in Witten a. d. Sieg *.

Große Vereine sind keine Vereine!

In diese wenigen Worte kann etwa das Urteil zusammengefaßt werden, das am Montag vom Breslauer Schöffengericht gegen den Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins, Genossen Neulirch, gefällt worden ist. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Am 1. Mai 1910 hatten wir im Gewerkschaftshaus eine Parteifreier mit Konzert, Rezitationen und einer Festsprache, die von Sozialdemokratischen Verein für seine Mitglieder veranstaltet werden ist. Da die Mitgliederzahl bereits Anfang 1910 auf mehr als 7000 stand, konnte kaum ein Viertel davon an dem schönen Feste teilnehmen. Die Breslauer Polizei, sindig wie immer, wenn es sich um Sozialdemokraten handelt, sagt nun: Das ist ja gar kein Vereins-Vergnügen, das ist ein öffentliches Fest. Sie verlangt deshalb, daß ihr die

Legte der Arbeiter und Gewerkschaften vorher eingeleitet werden, und da dann noch eine politische Rede gehalten wurde, will sie auch eine öffentliche politische Versammlung angeordnet haben.

Wie hieraus zu ersehen ist, hat die Polizei auf alle sozialdemokratischen Veranstaltungen ein sehr wachsames Auge; nichts entgeht ihr. Der gesunde Menschenverstand wird freilich fragen, was das eigentlich soll. Wenn ein Verein mit mehr als 7000 Mitgliedern ein Fest abhält in einem Lokale, das höchstens 1800 Personen faßt, so kann doch unmöglich davon gesprochen werden, daß es öffentlich ist. Ein nicht, die Polizei in Breslau, die ja schon so viel Kunststücke in der Auslegung von Gesetzen und Verordnungen zum Erstaunen der Mit- und Nachwelt festgelegt hat, ist anderer Meinung. Doch damit nicht genug. Das Breslauer Schöffengericht hat sich der sonderbaren Ansicht des Polizeipräsidenten angeschlossen. Worauf stützt sich nun das Gericht, das ja kein Urteil begründen muß. Es greift auf eine Entscheidung des Reichsgerichts zurück, wonach unter „öffentlichen“ Versammlungen im Sinne des Vereinsgesetzes auch die Versammlungen solcher Vereine zu verstehen sind, die nach der räumlichen Ausdehnung des Gebietes, das sie umfassen, wie nach der Zahl ihrer Mitglieder so groß sind, deren Organisation eine solche ist, bei denen der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen gebunden und so einfach ist, daß von ihnen nicht gesagt werden kann, ihre Mitglieder bilden einen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen. Genosse Neulirch konnte in seiner Verteidigung mit Recht darauf hinweisen, daß dieses geschraubte Urteil des Reichsgerichts auf den Sozialdemokratischen Verein in Breslau in keinem Punkte angewendet werden kann. Sein Gebiet ist die Stadt Breslau, also verhältnismäßig sehr beschränkt. Die Zahl der Mitglieder ist groß, aber die Organisation ist, wie unsere Gegner täglich anerkennen, keine lose, sondern eine straffe, mit einer Schulung, die ihren Reiz schon oft erregt hat. Dazu kommt, daß der Erwerb der Mitgliedschaft von dem Belieben der Mitglieder abhängt und Beiträge erhoben werden, die nicht niedriger sind, als in anderen Parteien. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine bilden schließlich, mehr als dies in irgend einem anderen Vereine auch nur entfernt zutreffen kann, einen bestimmt abgegrenzten Kreis von Leuten, die durch ihre politische Ueberzeugung die Augen aller Gegner auf sich lenken, von ihnen verfolgt und geachtet werden, und schon darum innerlich fest verbunden sind.

Sehr angebracht war es auch, wenn Genosse Neulirch bemerkte, daß wir in Breslau noch andere große Vereine haben, die bei Festen von der Polizei völlig ungeschoren bleiben. Die katholischen und evangelischen Arbeitervereine zum Beispiel zählen tausende von Mitgliedern; aber noch niemals hätte man davon, daß ihre großen Feste im Schieferwerder oder auf dem Friebeberge als öffentlich betrachtet und die Veranstalter danach behandelt und bestraft werden seien. Oder ist es der Polizei jemals im Traume eingefallen, bei den großen Arbeiterfesten die selben „Öffentlichkeit“ festzustellen, die sie bei sozialdemokratischen Versammlungen entdeckt hat? Denn das ist es nämlich, was ausdrücklich hervorzuheben werden muß: nur die großen sozialdemokratischen Vereine können sich stets der allgrößten Aufmerksamkeit von der Polizei verschrieben halten; die anderen großen Vereine läßt man ruhig laufen. Das haben unsere Reichstagsabgeordneten bei der Beratung des Vereinsgesetzes vorausgesehen. Sie erklärten nämlich, daß die oben erwähnte Reichsgerichts-Entscheidung, die in der Begründung des Erlasses des Vereinsgesetzes enthalten war, von hiesigen Polizeibehörden zu einer Verschlechterung des bisherigen Rechts ausgenutzt werden könnte, wozuf der damalige Staatssekretär, heutige Reichskanzler von Bethmann-Hollweg folgendes erwiderte: „Wenn in der Begründung gesagt sei, daß eine äußerlich in den Formen einer Vereinsversammlung sich abspielende Versammlung dennoch eine öffentliche sein könne, so habe damit keineswegs die Polizei darauf hingewiesen werden sollen, daß sie auf Umwegen Vereinsversammlungen den von dem Entwurfe für öffentliche Versammlungen gegebenen Vorschriften unterstelle. Es werde damit in Ansehung an höchstgerichtliche

Umgehungen nur gesagt, daß diese möglich seien, zu denen eine als öffentliche Versammlung veranfaßte Versammlung zu einer öffentlichen werden könne.“

Man sollte glauben, diese Erklärung ist klar und deutlich. Sie kann nur so verstanden werden, daß lediglich in Ausnahmefällen die höchstgerichtliche Entscheidung anzuwenden ist. Es ist denkbar, daß die Vereins-Versammlung eines großen Vereins zu einer öffentlichen Versammlung werden kann. Wenn aber, wie beim Sozialdemokratischen Verein Breslau, die Programme gar nur ein kleiner Teil der Mitglieder erhält, weil der Saal für alle Mitglieder viel zu klein ist, so kann doch gewiß nicht von einer öffentlichen Versammlung gesprochen werden. Wird die Entscheidung des Breslauer Schöffengerichts bestätigt, so sind die großen politischen Vereine — in erster Reihe selbstverständlich die sozialdemokratischen — gegen das bisherige Recht bedeutend schlechter gestellt, wogegen mit aller Kraft anzukämpfen ist. Das Urteil des Breslauer Schöffengerichts läuft tatsächlich darauf hinaus, den Grundsatz aufzuheben große Vereine sind keine Vereine. Der Widerspruch, der darin liegt, ist so augenfällig, daß er nicht besonders beleuchtet werden braucht. Aber in Breslau ist alles möglich! Wie werden dafür sorgen, daß sich der Reichstag auch mit dieser Blüte polizeilich-gerichtlicher Auslegungsmittel so bald als möglich gründlich beschäftigen wird.

* Päpstlicher als der Papst sind die Katholischen

Wundthorshändler Breslaus im wahren Sinne des Wortes. Denn in ihrer gestrigen politischen — selbstverständlich polizeilich nicht überwachten — Versammlung wurde ein schwingender Handel mit einer authentischen deutschen Uebersetzung der famosen „Drängen“ des Herrn von Bethmann-Hollweg, der „heilige Vater“ jede Veröffentlichung und Verbreitung jenes Geschreibels verboten; aber was scheren sich Wundthorshändler und sein Vorstand darum, sie, die „gehorsamen treuen Söhne der heiligen katholischen Kirche“? Allen voran tat es Photograph Uhr, Gneisenaustraße 12. Im übrigen wünschen wir den Herren recht viel Amüsement bei der Lesart dieses ganz gegen seinen Willen be-rühmt gewordenen Mundschreibens Sr. Heiligkeit.

* Schwarze Sprößlinge

So eine Wundthorshändler-Versammlung, wie gestern eine letzte, bietet hier und da ganz interessante Momente, wogegen ein Freudenker manchmal sich nur mit vieler Not und Mühe das Lachen verkneifen kann. So z. B. wenn ein biederer Herr Schindler in untertäniger Befolgung des allerhöchsten Befehles gegebener Beschlüsse eine Predigt über „Gott und der Mensch“ hält. Gott, hat der Mensch geschwächt. Dann kam die tröumliche „Schlesische Volkszeitung“ durch den Mund des Redaktors, Herrn Mannes, zum Wort. Er hatte das politische Rederat übernommen und ließ zunächst am armen Passermann sein gutes Haar. Nach Passermann: Connschadt-Industrie. O, diese Freude, daß ein Sozialdemokrat gewählt worden ist. Tausende! Dieses Mal war der Gefährten tatsächlich unter Genossen lieber, als der nationalliberalen Dr. Sieber, der so geschäftig ist, Präsident des evangelischen Bundes in irgend einem Südsächsischen zu sein. Im Anschluß hieran der „Hochland“-Artikel des jungen Spahn, der allen Schwarzen ungemein sympatisch ist (d. h. der Artikel, ob Herr Spahn jr. auch, das soll dahingestellt bleiben); da hatte doch das Spahnchen gesagt: Ein vom Volk durch Straßendemonstrationen erzwungenes Wahlrecht sei die größte Gefahr für die Gesamtheit, nur ein aus freier Entscheidung der gesetzgebenden Körperschaften geborenes Wahlrecht sei das einzig Wahre. (Hoffentlich kommt das neue Wahlrecht von Spahn's Gnaden wenigstens noch vor dem jüngsten Tage!) Sodann streifte Herr Mannes noch die auswärtige Politik, um im Anschluß hieran von der „Vollstreckung“ Notiz über das zweierlei Maß des Herrn v. Obern (Freiathorshändler und Wundthorshändler) zu brechen. Weil fuhr der Herr Uhr in die Höhe! „Ich kenne meine lieben Schwestern alle, auch meine Herde kann er nicht gewesen sein und dann fuhr wir eine politische Vereinigung und können uns immerfort über Politik unterhalten, aber die sozialdemokratische Jugendorganisation, die ist nicht politisch.“

Aber, lieber Herr Uhr! Sie saßen aber doch in dem gleichen Atmung; Wir nehmen aber nicht Großjährige an. Damit Herr Wundthorshändler nicht gar zu jugendlich ansieht, engagieren Sie sich eine alle Dummelänner, die als Statistiker fungieren müssen. Nun beantworten Sie noch eine Frage: Der Sozialdemokratische Verein ist doch auch eine politische Vereinigung, nicht wahr? Nun, warum kommt denn jedes Mal zu uns ein Bekehrter, wenn wir uns etwas politisch unterhalten wollen? Erklär' mir doch, mein lieber Uhr — Diesen Zwiepsalt der Natur.

Der Ueberfall auf einen Wachtposten in Potsdam. Ueber den Angriff auf den Kanonier Szela ist folgende ausführliche Meldung vor: Am Montag zwischen 8 und 10 Uhr stand der Kanonier Szela von der 1. Batterie des 2. Gardie-Feldartillerie-Regiments am Vorüberfahren zwischen Fahrland und Sagen auf Posten. Gegen 9 Uhr 45 Minuten bemerkte er plötzlich an einer Ecke des Fahrlandes drei Männer, die sich ihm näherten und ihm „Halt“ riefen. Er rief darauf ebenfalls „Halt, wer da? Ich schieße!“ und öffnete den Beschluß seines Karabiners. Jetzt warfen sich die Männer schnell nieder. Plötzlich piffte dem Posten eine Kugel am rechten Ohr vorbei. Szela erwiderte mit zwei Schüssen, hatte aber in der Dunkelheit kein sicheres Ziel. Während sich der Posten schnell nach der Klingel begab, um die etwa zweihundert Meter entfernte Wache zu alarmieren, näherte sich ihm wiederum einer der Männer, auf der Szela nochmals schoß. Als zwei von der Wache entsandte Kanoniere eintrafen, fanden diese trotz sorgfältigster Absicherung des Kanoniers nichts Verdächtiges vor. Zur Vermeidung ließ der wachhabende Offizier bis 3 Uhr früh einen Doppelposten stehen. Als der Tag graute, und alles ruhig geblieben war, verließ Szela wieder allein den Postendienst. Gegen 3 Uhr 30 Minuten näherte sich ihm wieder ein Mann von der Seite. Er rief ihm dreimal „Halt, wer da? Ich schieße“, zu und feuerte dann, als der Betreffende noch weiter kam, auf ihn. In demselben Augenblick schoß der Unbekannte und traf den Posten in den linken Unterarm, wodurch der Besetzte an dem weiteren Gebrauch seines Karabiners verhindert wurde. Als der wachhabende Offizier die beiden Schüsse vernahm, schickte er die zwei im Wachtlokal noch verfügbaren Kanoniere dem Szela zu Hilfe, nach deren Eintreffen Szela sich ins Wachtlokal begab, um dort zunächst notdürftig verbunden zu werden. Einer der nachgeschickten Kanoniere bemerzte wiederum ein verdächtiges Geräusch, das ihn zur Abgabe eines Schusses veranlaßte. Sofort fiel ein Gegenstoß. Die Abkantung des Geländes ergab wiederum nichts Verdächtiges. Trotz der allerhöchsten Bemühungen fand sich Feinderei Spar. Auch durch Polizeihunde konnte kein bestimmter Anhalt über den Verbleib der Täter gewonnen werden. Unter Hinzuziehung eines Potsdamer Polizeiamtshaus und mehrerer Kriminalbeamter war heute Solatiermann. Zur Ermittlung der Täter wurden Spitzelbrüde von den Fußspuren genommen und Polizeihunde auf die Spur gesetzt.

Die Ermittlungen haben zu der überraschenden Tatsache geführt, daß es sich dabei allem Anschein nach um Spionage handelt. Schon wiederholt sind in letzter Zeit Versuche gemacht worden, sich in den Besitz deutscher Pulvers und deutscher Waffen zu setzen. Auch hier dürfte wiederum ein solcher Fall vorliegen.

Die Stärkung der Disziplin! Wegen Ungehorsams, verurteilt anlässlich der Stellung zu einer Uebung beauftragte der Vertreter der Anlage vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf gegen den Arbeiter Heimann 2 Monate Gefängnis. Der Mann hatte in der Uebungszeit dumme Antworten gegeben. Zur Begründung des hohen Strafmaßes hob der Vertreter der Anlage hervor: „Gegen solche Ungehorsamkeiten mußte energisch vorgegangen werden. Es sei bedauerlicherweise ein erhebliches Schwinden des militärischen Geistes im Industrieregiment festzustellen, was in einer gewissen Unfähigkeit gegen die militärische Disziplin zum Ausdruck komme, sowohl bei den Reservisten, wie auch bei den zur Reserve und Landwehr entlassenen Mannschaften. Besonders im Westen sei beobachtet worden, daß die gedienten Leute bei geeigneten Anlässen sich nicht so verhalten, wie die Disziplin es erfordert. Die Reserve aber müsse schlagfertig erhalten werden und dazu gehöre auch, daß die gedienten (inaktiven) Mannschaften sich der Disziplin unterordnen.“ Das Kriegsgericht hatte Befehl für diese Disziplinieren, es ging noch über den Antrag hinaus und erkannte auf 3 Monate Gefängnis.

Zur Schießfäure des Munitioners Sahl in Mainz. Aus Mainz meldet die „Frankfurter Zeitung“ über die Schießfäure des Munitioners Sahl verschiedene Einzelheiten und veröffentlicht die offizielle Meldung des wachhabenden der Schießstandmaste an das Gouvernement in Mainz, die wie folgt lautet: Der Munitionier Sahl hat auf Posten Nr. 2 gefeuert kurz vor 1 Uhr einen scharfen Schuß abgegeben, nachdem er vorher nach Anschlag des Schießstandaufsehers und der Posten 1 und 3 zwei Revolverkugeln geschöt worden sind. Auf Befragen des Postens wurden man aus dessen Antworten nicht klar. Das ganze Benehmen des Munitioners Sahl ließ darauf schließen, daß er durch den plötzlichen Schred irrsinnig geworden ist. Er wurde nach dem Garnisonlazarett gebracht.

Die Abenteuer Karl Moys. Der Beleidigungsprozess, den der in der letzten Zeit vielgenannte Reichsgerichtlicher Karl Moys (Dresden) gegen den Waldarbeiter Krüger angehängt hat, wurde vor dem Schöffengericht in Hohenstein verhandelt. Nach dreistündiger Verhandlung wurde folgender Vergleich geschlossen: Der Angeklagte bekennt, dem Schriftsteller Lebins gegenüber diejenigen Ausstellungen über den Privatläger erzählt zu haben, die den rechtlichen Teil der Klage bilden; er erklärt weiter, daß er diese Angaben ungeprüft weitergegeben habe und nicht aufricht erhalten könne. Er nimmt infolgedessen die beleidigenden Angaben zurück. Der Privatläger nimmt diese Ehrenrettung an. Die gesamten Kosten des Verfahrens übernimmt der Angeklagte, die gerichtlichen werden gegenseitig aufgehoben. Der Privatläger zieht die Privatklage und den Suavanztrag zurück.

Die Untersuchung gegen den Doktor Schuk in Berlin führte zur Verhaftung eines an der gleichen Schule angelegten Lehrers. Auch ein noch nicht 16 Jahre alter Sohn von Schuk wird beschuldigt, sich mit Schülern zusammen zu schaffen gemacht zu haben. Es steht fest, daß Schuk in seinem Amtszimmer und in Absizequartieren Schülern mit Freunden zusammenführte. Da scheint ja ein böses Nest angelegt worden zu sein.

Vom Blitze getötet. Bei dem Dorfe Kossbach (Kreis Schwelme) ging ein schwerer Gewitter nieder. Der Blitz schlug in das Haus des Schneidemeisters Müller, tötete dessen neunjährige Tochter und zündete. Die Gebäude gingen in Flammen auf.

In der Flut ertrunken. Bei Rotenburg. Bezirk Cassel, fuhr ein Milchfuhrer, ungeachtet der mehrfachen Warnungen, mit seinem Gefährt durch die Fulda. In der Mitte des Flusses wurde das Gefährt von der Strömung erfaßt, der Fuhrer und das Pferd ertranken.

Furchbare Explosion bei einem Feuerwerk. Bei der Herstellung der Vorarbeiten für ein Feuerwerk, welches aus Anlaß einer militärischen Festlichkeit in Sofia abgehalten werden sollte, erfolgte aus unbekannter Ursache die Explosion einer Flattermine, wobei neun Soldaten getötet, fünf Soldaten und ein Offizier schwer verwundet wurden.

Feige Bluttat eines Arbeiters. Aus Hamburg wird uns gemeldet: Auf dem Platz von Dabensfen und Ritters an der Pinneberger Chaussee wurde Montag Nachmittag ein Streikposten der ausländischen Abbrucharbeiter, Karl Bahr, von einem Arbeiterwilligen mit einem Revolver von hinten geschossen und allem Ansehen nach sehr schwer verletzt. Bahr wurde sofort ins Krankenhaus gebracht. Der arbeitwillige Revolverheld wurde verhaftet.

Moderne Steuererträge. Was sich außer Streichhölzern, Kaffee, Tabak u. sehr gut verkaufen ließe, darüber findet wir in der „Deutschen Warte“ einige in Gedächtnis. Der Schluss dieses famosen Geschichtes lautet also: Besteuert die Panischer, die uns den Wein Und andere Getränke verderben, Die Tausende, welche durch Kupferhölzer Und Schindeln sich Reichthum erwerben! Besteuert die Sichel, die Simpel, Besteuert auch die Koffeten, Besteuert die Pferdehändler, Das Spielen, Kennen und Wetten! Besteuert die Fräulein, den Zug und den Trug, Besteuert das Wechselreden — Dann habt ihr Geldmittel Übergang, Die Kosten des Reichs zu bestreiten!

Im Sozialdemokratischen Verein

Düsse es Donnerstag zu lebhaften Debatten kommen, da in einigen Zahlhabenden bereits angekündigt worden ist, daß man das Verhalten der Genossen in Baden scharf kritisieren werde. Auch sonst bietet der bevorstehende Parteitag in Magdeburg Stoff zu interessanter Aussprache. Fehle deshalb niemand!

Parteilosen! Stadtverordnetenwähler!

Der Magistrat macht bekannt, daß die Wählerliste vom 15. bis 30. August im Zimmer 68 des Stadtkaufes, Ring (Eingang Eisenram), ausliegt und zwar an Wochentagen von 10 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 4 bis 7 Uhr Nachmittags, Sonntags von 10 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags.

Da im November nur die Personen wählen dürfen, die jetzt in der Wählerliste stehen, muß jeder die Wählerliste einsehen. Damit der zeitraubende Weg in das amtliche Lokal auf dem Ringe erspart wird, hat das sozialdemokratische Wahlkomitee, wie in früheren Jahren, Formulare ausgegeben, die das Einsehen sehr erleichtern. Es ist aber dabei dringend darauf zu achten, daß sich die Genossen nicht zweimal in ein solches Formular eintragen lassen, wodurch die Beamten nur doppelte Arbeit haben.

Formulare zum Einsehen der Wählerliste sind im Parteisekretariat, in der Expedition und Redaktion der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. bei den Distrikt- und Bezirksführern des Sozialdemokratischen Vereins, in allen Gewerkschaftsbüros und im Arbeitersekretariat, Nikolaistraße Nr. 18/19, unentgeltlich zu haben.

Wer nicht in der Wählerliste ist, muß bis zum 30. August beantragen, daß er darin aufgenommen wird. Der Antrag, um Aufnahme in die Wählerliste ist im amtlichen Listen-Bureau auf dem Ringe zu stellen, oder im Parteisekretariat, Neue Graupenstr. 5, II.

Parteilosen! Ihr wißt, wie wichtig es ist, daß jeder die Wählerliste einliest. Sorgt dafür, daß uns kein Wähler verloren geht. Sagen wir besonders den Familienvätern, die mehr als zwei Kinder haben und keine Steuern zahlen, daß sie auch in der Wählerliste stehen müssen, wenn ihr Jahresverdienst mehr als 600 Mark, also wöchentlich etwa 13 Mark, beträgt.

* Die Innung für das Installationsgewerbe will mit dem Metallarbeiterverbande nicht verhandeln. Wir brachten gestern die Mitteilung von dem resultatlos verlaufenen Einigungs-Verhandlungen zwischen dem Vorstand der Innung und dem Gesellenausschuß. Der Vorstand, Dr. Braacklein, führte an, es sei seine Amtspflicht, vermittelt einzugreifen, da es im Interesse der streikenden Parteien liegen müsse, eine Einigung herbeizuführen. Es müsse den Parteien die Möglichkeit gegeben werden, eine Aussetzung oder einen Streik zu verhindern. Der Gesellenausschuß gab die Erklärung ab, nicht ohne Zustimmung des Verbandsleiters verhandeln zu können. Der Innungsobmann Herr Bech erklärte dagegen, daß laut Innungsbeschluss Verhandlungen nur mit dem Gesellenausschuß gepflogen werden können. An diesen Ausschluß müßte der Vorstand sich halten. Dr. Braacklein bemerkte, daß zwei wichtige Gründe dafür sprechen, die Organisation der Metallarbeiter unbedingt anzuziehen. Erstens wäre nur ein Tarifvertrag, wenn er rechtliche Geltung haben sollte, von Dignifikation zu Organisation abgeschlossen werden, und zweitens sei es auch zweckmäßig. Der Verband habe wohl den Einfluß, daß das, was die Parteien beschließen, von den Arbeitnehmern angenommen wird. Der Gesellenausschuß habe diesen Einfluß nicht. Der Gesellenausschuß biete auch keine Garantie für die Innehaltung des Tarifs.

Darauf erwiderte Herr Bech, daß einmal der Beschluß bestehe und der Vorstand daran gebunden sei. Nicht bloß der Beschluß der Innung, sondern auch der Wortlaut des Innungsstatuts verbiete die Zulassung des Verbandes. Ein anderes Vorstandsmitglied bemerkte, es handle sich darum: „wir wollen unsere Arbeiter für uns erziehen und erhalten, vom Verbandsstande sollen sie nichts wissen. Ein dritter Redner wünschte vom dem Gesellenausschuß zu hören, was denn eigentlich gefordert werde. Die Innung hätte ein Angebotsbuch von 2 Fig. gemacht und 64 Fig. Stundenlohn wäre doch wirklich ausreichend. Dr. Braacklein setzte den Herren das Unhaltbare solcher Beschlüsse, wie sie die Innung gefaßt, auseinander, die früher oder später doch wieder aufgehoben werden müssen. Jetzt konnten Sie ja noch so verfahren, es könnte aber bald eine Zeit kommen, wo Sie die Beendigung des Streiks herbeiwünschten. Na, dann müssen wir nochmals eine Generaterversammlung abhalten, da werden wir ja noch sehen, dabei blieb es.

Die Herren beschwerten sich, daß sie von der Volkswacht zu scharf angegriffen werden. Dagegen verwahren wir uns; wir greifen nicht an, wir kritisieren nur die reaktionäre Haltung der Innung, sowie das rigorose Vorgehen der Innung, die kategorisch von dem Gesellenausschuß herbeizuführen, entweder ihren Tarif anzunehmen, oder die sofortige Aussetzung gewärtig zu sein — gebihrig kennzeichnete, so verurteilen wir auch jetzt den höchsten Standpunkt, mit der Organisation nicht verhandeln zu wollen. Abgesehen von der Rückständigkeit, die man bei Leuten, die täglich im Geschäftsbetrieb stehen und denen man praktische Erfahrungen nicht absprechen kann, nicht vermutet hätte, spricht aus dem ganzen Verhalten eine Hochheißpolitik. Lieber das Gewerbe vernichten, als nachzugeben. Willkürlichweise gibt es noch Firmen, die anders darüber denken. Wenn eine Innung — einzelne Mitglieder wollen wir nicht in Betracht ziehen — in der heutigen Zeit noch so rückständig denkt und handelt. Dann verdient sie der Rückständigkeit preisgegeben zu werden. Wir raten, sich bei dem Vorsitzenden des Innungs-Ausschusses, Wasserwerkmeister Ludwig, zu erkundigen, wie er darüber denkt, einen Tarifvertrag für das Gewerbe mit dem Gesellen-Ausschuß abzuschließen. Wir sind dann gewiß, er wird darüber lachen.

* „Stische“ als Streikbrecher und Streikbrecher-Agenten. Seit einiger Zeit sucht die Firma Steinway u. Söhne aus Hamburg Tischler und Klavierarbeiter aller Völkchen. Gleichseitig hat der Hiesig-Dundersche Gewerksverein in per gedrucker Postkarte seine Mitglieder sämtlich zur Anwerbung von Arbeitskräften für obengenannte Firma aufgefordert.

Wir machen darauf aufmerksam, daß sich bei der Firma Steinway u. Söhne in Hamburg zurzeit über 350 Arbeiter im Aufstande befinden.

Die Firma hat seit etwa dreiviertel Jahren mehrfache Anläufe unternommen, Preisreduzierungen und sonstige Verschlechterungen durchzuführen. Nur dem festen Zusammenhalt der gut organisierten Kollegen dort gelang es, die Angriffe zurückzuweisen. Den seit einigen Wochen in Hamburg schwebenden Kampf um den Arbeitsnachweis in der Holzindustrie benutzte die Firma, um wieder Differenzen heranzuführen. Sie macht in der letzten Zeit die größten Anstrengungen, die alten im Betrieb zum Teil schon seit Jahrzehnten beschäftigten Arbeiter abzulösen und an deren Stelle willkürliche Elemente heranzuziehen, die nicht Mitglieder des Holzarbeiterverbandes sein dürfen. Gebiete Klavierarbeiter hat die Firma nicht finden können, die unter diesen Umständen dort die Arbeit aufnehmen hätten. Dafür waren bei einem der letzten Konflikte einige Hiesig-Dundersche Tischler den Kollegen in den Rücken gefallen. Nachdem sich im Betriebe natürlich niemand fand, der diese anlernen wollte, legte die Fabrikleitung sämtlichen Arbeitern ein Schriftstück vor, laut welchem sie sich verpflichten sollten, auf

Wunsch des Meisters jeden neu eingestellten Arbeiter anzulernen. Die Arbeiter weigerten sich, das Schriftstück zu unterschreiben und wurden sie daraufhin sämtlich entlassen. Der Betrieb wurde gesperrt. Wie in vielen anderen Fällen ist der Hiesig-Dundersche Gewerksverein auch hier Verrät an der Sache der Arbeiter. Die Klavierarbeiter werden dafür sorgen, daß der Ruf nach Hamburg ferngehalten wird, damit der Streik der Hiesig-Dunderschen Gebrüder zu Schaden werde.

Auch hier von Breslau haben die „Stische“ einige ihrer Mitglieder nach Hamburg geschickt, um den Gemäßigten in den Rücken zu fallen. Die Stellung dieser auch-Gewerkschaftler ist geradezu lächerlich. In 2 Betrieben treten die Stische mit in Streik und während desselben schickt man sie als Klausuristen nach Hamburg. Bedauerlich ist nur, daß sich Mitglieder zu solchen Diensten gebrauchen lassen. Man hat immer geglaubt, daß es noch anständige darunter gibt, die solche Rumtungen ablehnen. Man kann sich eben täuschen. Mehr als 30 Jahre arbeiten diese Leuten und kaum 6000 Holzarbeiter haben sie im ganzen Reiche aufgebracht. Vieleicht gelingt es Ihnen nunmehr bald, die paar Mitglieder auszuhebeln zu organisieren, damit diese jämmerlichen Gebrüder verschwinden.

* Der „Barfabel V“ unternehm Diensttag Nachmittag, nachdem sich der Wind gelöst hatte, gegen 6 1/2 Uhr einen Anflug. Der Ballon wandte sich in nordwestlicher Richtung. Nach einer Wendung kreuzte er noch einige Zeit über der Leberdeuler Villenkolonie und landete um 7 1/2 Uhr wieder auf dem Fluglande. An dieser Fahrt nahmen drei Passagiere teil. Ein zweiter Anflug erfolgte halb darauf um 8 Uhr 55 Minuten. Der Ballon landete um 7 Uhr 20 Minuten wieder in Wilhelmshafen. Auch an der zweiten Fahrt beteiligten sich drei Personen als Passagiere. Bei allnächtlichem Wetter sind heute weitere Anflüge geplant. Der Samoanerflut Tamalese aus dem Zoologischen Garten will Donnerstag Nachmittag mit aufsteigen.

* Der Sozialdemokratische Verein Breslau (Sand-Neumarkt) (Distrikt 4), hält am Sonnabend, den 13. August in Wilschke's Gastlokal (vormals Mürr) Gräbchen ein Sommerfest. Es beginnt um 10 Uhr unter Mitwirkung des Arbeiter-Nachfahrere-Vereins Groß-Moschorn, der 4. Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau und des Harmonika-Schulch. Eine Blumenpolonaise und Verlosung finden ebenfalls statt. Der Eintritt beträgt für den Herrn mit Dame 60 Pf., einzelne Dame 80 Pf. Anfang 8 Uhr.

* Eine Schuldiebin. Vor der Ferienkammer des Landgerichts hatte sich gestern die verheiratete Frau S. v. S. wegen fortgesetzter Schuldiebstähle, die sie in den Korridoren hiesiger Mädchenschulgebäude fortgesetzt begangen hatte, zu verantworten. Der Angeklagte, die geständig ist, wurden insgesamt zehn kleinere und zwei schwerere Fälle dieser Art nachgewiesen. Teilweise hat sie die Sachen, bestehend in Pelzwaren, Mäntel, Jacken etc., als sie merkte, daß die Polizei ihr auf den Fersen war, den Verlobten selbst zurück geliefert, teilweise hat die Stadt die Betroffenen entschädigt. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis. Auch wurde die Angeklagte von der Anklagebank wegen in Untersuchungshaft genommen, wobei sie in lautes Schreien ausbrach, das sich noch steigerte, weil sie ihr vierjähriges Kind in den Verhandlungsraum mitgebracht hatte. Sie wollte ihr Kind durchaus ins Gefängnis mitgenommen wissen, womit sich der Gerichtshof keineswegs einverstanden erklärte. Das Kind wurde vielmehr einer im Zubehörraum anwesenden Frau, die mit der Angeklagten bekannt ist, übergeben. Auf die Frage, ob die Angeklagte ihre Strafe sofort antreten wolle, gab sie gundstlich gar keine Erklärung ab.

* Von einem toten Hunde gebissen. In die Breslauer Tollwutabteilung der Klinik wurden zwei Personen aus Kerschke an der Raybach eingeliefert, die von einem toten Hunde gebissen worden waren. Der Schiller Merkel hatte sich einen Hund gekauft, der seinen Herrn am nächsten Tage in das Hundehaus brachte. Merkel konnte von dem Hunde erst befreit werden, nachdem er gebeitet worden war. Ein zur Hilfe herbeigeholter Arbeiter war von dem toten Tiere ebenfalls gebissen worden.

* Beim Einbruch ertappt. Der Restaurateur Reinhold Geyer, Messerstraße 35, merkte schon seit Längerem, daß er bestohlen wird und daß der Dieb nächtlichweils mittels Dietrichs vom Hofe aus in die Geschäftsräume eindringt. Endlich in der letzten Nacht gelang es dem Restaurateur, den Dieb zu ertappen, festzuhalten und der Polizei zu übergeben. Um 12 1/2 Uhr hörte er verdächtige Geräusche im Restaurationsraum, kam leise herzu und überprüfte den Einbrecher, bevor dieser sich noch irgend etwas hatte anschauen können. Es wurde festgestellt, daß der Dieb der 19jährige Lehrling- und wohnungslose Arbeiter Gustav Weinholt war; man fand bei ihm Dietrich und es wurde ermittelt, daß er in den letzten Tagen fünf Mal hintereinander in diese Restauration eingedrungen ist.

* Eine zu unrecht erfolgte Verhaftung machte heute Vormittag am Ringe großes Aufsehen. Zwei Kriminalpolizisten hatten den Sohn der Frau Lübbe, Ringstraße 18, aus unbekanntem Grunde verhaftet, und, ihn ziemlich unanständig am Hals festhaltend, zur Wache gebracht. Von dort mußte er aber alsbald wieder freigelassen werden, da die Verhaftung angeblich völlig zu unrecht erfolgt war.

* Tagelang bewußtlos. Der beim Herabspringen von der Straßendahn schwer verunglückte Arbeiter August Jonas liegt im Wenzel Hand'schen Krankenhaus noch immer in bewußtlosem Zustande, so daß an einen etwa erforderlichen operativen Eingriff bei dem Verletzten, der aller Wahrscheinlichkeit nach Schädelbruch erlitten hat, nicht gegangen werden kann.

* Tod aufgefallen wurde am Dienstag Vormittag 9 1/2 Uhr auf der Michaelisstraße unweit der Deymannschen Stiftung ein pensionierter Postsekretär. Als Todesursache wurde Herzschlag festgestellt. — Vom Blutsturz befallen wurde am Montag an dem Grundstück Kleine Scheinigerstraße 58 eine Witkewitwe. Man schaffte sie in ihre Wohnung, wo der herbeigeholene Arzt nur noch den inzwißen eingetretenen Tod feststellen konnte.

* Gefunden wurden: Zwei Vorterronnoises mit Inhalt, zwei silberne Damenschmuckstücke mit Ketten, eine Silderei mit Garn, zwei Regenschirme, zwei Schlüssel, ein Handtäschchen mit Inhalt und ein Ring mit 2 Perlen. — Zugelassen ist eine Viehtaube.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Schweidnitz, 10. August. Ein zöher Patron. Ein nahezu an veruchten Mord grenzendes, ungemein rohes Verbrechen beschäufte jetzt die hiesige Ferienkammer, vor welcher der Mangelarbeiter Gertz aus Peterswaldau als Anzeigler erschien. Gertz betand sich am Abend des 1. Mai im Gasthof „zu den zwei Linden“ in Peterswaldau und versuchte dort, den ebenfalls als Gast anwesenden 19jährigen Rentner Rudolph zum Kartenspiel zu animieren. Dieser zeigte sich später nicht geneigt, eine Differenz von zehn Pfennigen zu zahlen und das bewog Gertz, an dem großen Manne in unehrerlicher Weise sein Mädchen auszulassen. Als Rudolph für wenige Momente, in den Wirkhof trat, folgte ihm Gertz, trotz der glühlichen Burede des Wirtes. Draußen schlich er sich unbehörlich von hinten an den Greis heran, schlang seine Arme um dessen Körper und unter ähnlichen Drohungen, daß er nun sterben müsse, lang Gertz den wehrlosen alten Mann an den Dorfbach, in welchen er ihn kopfüber stürzte. Der Unglückliche schlug, be dort die Uferböschung nahezu zwei Meter beträgt unmittelbar hinter einem Wehre so wuchtig nieder, daß er mit einer klaffenden Kopfverwundung und schweren Verletzungen an beiden Seiten blutüberströmt und bewußtlos im Wasser liegen blieb. Er wurde zweifelloos extrahiert und niemand hätte an einen Mord gedacht, wenn nicht zufällig eine in der Nähe wohnende Frau vom Fenster ihrer Wohnung aus den Vorfall beobachtet hätte. Sie eilte in das Wirtshaus und alarmierte die Gähle, welche sofort an das Rettungswerk gingen. Der Bach wurde abgelassen und der Schwerverletzte geborgen. Dieser war lange Zeit hindurch arbeitsunfähig. Er selbst bezeichnete das gegen ihn verübte Verbrechen als einen Mordakt, da er einmal Gertz gränlich verwant hatte, als dieser seinen eigenen Vater gränlich mißhandelte. Trotz der schweren Todesdrohungen nahm das Gericht zugunsten des Täters an, daß dieser nicht tatsächlich eine Tötung des Greises beabsichtigt und es wurde gegen ihn nur Anklage wegen vorläufiger Körperverletzung

erhoben. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Gefängnis.

Bregenz, 10. August. Gegen die Melchianische Einem nur zu beachtenden Entschluß hat die hiesige Polizeivorwaltung gefaßt: Vollständig und gerichtlich rechtskräftig bekräftigte Melchianischer unter Nennung des Namens und des Geschäftslokals fortan stets durch die hiesigen Zeitungen bekanntzugeben. — Auch die hiesigen Zeitungen sollen dieser Maßnahme ihren Vellfall. Aber geschieht das in ehrlicher Weise? Hatten es diese Blätter nicht bisher schon in ihrer Hand, bei den Gerichtsberichten den vollen Namen zu nennen? Nur wenn ein Arbeiter einmal gefaßt, oder in die Mafchen des Gelezes sich verstrickt hat, das muß den Lesern unter voller Namensnennung aufgeführt werden.

Strehlen, 10. August. Ein Waghals. Eine für schwache Nerven aufregende Szene spielte sich auf dem hiesigen Rathhausarm ab. Der im Auftrage der Firma Haberkorn auf dem Turmbau arbeitende Dachdecker Partel aus Frankenstein verließ plötzlich seinen lustigen Sitz, kletterte am Mischarbeiter empor, über den Turmkopf hinweg und stellte sich auf denselben. Mit der einen Hand wachte er die Fahnenstange und ging, den anderen Arm wagrecht haltend, um letztere herum, sich die Umgegend betrachtend. Mann kletterte er auf demselben Wege auf seinen lustigen Arbeitsplatz zurück. Alles war das Werk weniger Minuten.

Posen, 10. August. Auskan. bei der Expedition. Firma Karl Hartwig. Sämtliche Arbeiter und Auslöcher der Expeditionsfirma Karl Hartwig legten am Montag fecht die Arbeit nieder; sie forderten eine Erhöhung des bei dieser Firma recht niedrigen Lohnes. Noch im Laufe des Tages kam jedoch eine Einkung zustande. Die Streikenden erhalten sofort eine Lohnzulage von wöchentlich 1 Mk. und eine weitere Zulage am 1. April n. J. Darauf wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Posen, 10. August. Noch ein Opfer des Diebstahls. Arbeiter-Auskan des. Wegen Verleitung und Bedrohung hatte sich der Arbeiter Brackigewski aus Bezars vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte, der während des Aufstehens Streikposten gestanden hatte, wurde von einem Gendarm aufgefordert, weiterzugehen. Als der Gendarm an ihn herantrat, soll der Angeklagte den Stock erhoben und ersterem zugurufen haben: „Weiß' mir drei Schritte vom Leibe“. Dafür verurteilte ihn das Gericht zu zwei Wochen Gefängnis.

Jarostschin, 10. August. Wieder die giftigen Pilze. Nach dem Genuss von giftigen Pilzen sind auf dem Dorfwerk Korflane von einer Familie wieder drei Mitglieder verstorben. Obwohl die Wirtin gewarnt worden war, lockte sie die Pilze in dem Glauben, daß dadurch das Gift beseitigt würde. Drei ebenfalls erkrankte Familienmitglieder sind vom behandelnden Arzt bereits aufgegeben.

Neueste Nachrichten.

Kesselexplosion.

Mabrib, 10. August. Ueber eine Kesselexplosion in der Schmelz, von Dreda liegen folgende Einzelheiten vor: Die Explosion erfolgte durch Ueberheizung eines Dampfessels. Das Dach floß in die Luft. Die Mauern wurden durch den Luftdruck eingedrückt. Unter den Trümmern wurden zehn Arbeiter hervorgezogen, diese hatten jedoch alle keine lebensgefährlichen Verletzungen erlitten. Sechs weitere Arbeiter wurden in bedenklichem Zustande ins Hospital gebracht, wo zwei von ihnen inzwischen ihren Verletzungen erlegen sind. Die Schmelze ist vollständig zerstört. Auch die Nachbarhäuser haben stark gelitten. Die Beschädigungen entstanden hauptsächlich durch den Einsturz des hohen Schornsteins.

Zum Tode verurteilt.

München, 10. August. Das Kriegsgericht der ersten Division verurteilte gegen den Infanteristen Ludwig Högerle vom 1. Infanterieregiment, der am 9. Mai die Koffergeschäfts-Inhaberin Nierer mit einer Bierflasche und einem Nigelfleisch überfallen, er mordet und der Tageseinnahme von 150 Mark beraubt hatte. Der Staatsanwalt beantragte die Todesstrafe. Der Angeklagte hat um mildernde Umstände. Nach 1 1/2 stündiger Verhandlung verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen Mordes zum Tode, Abberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Ausstoßung aus dem Heere.

Zum Angriff

auf den Bürgermeister von New York.

New York, 10. August. In dem Attentat auf den Bürgermeister von New York William Gaynor, der an Bord des Lloyd-Dampfers „Kaiser Wilhelm der Große“ von einem 68jährigen Manne gefest in den Hals geschossen und schwer verwundet wurde, wird noch gemeldet: Das Attentat wurde verübt, als Gaynor dem Kommissar Edward die Hand schüttelte. Der Attentäter war Nachtwächter in einer holländischen Hafenanlage und ist vor kurzem wegen Trunkenheit entlassen worden. Die Kugel hat das Ohr durchbohrt und liegt im Gehirn. Da das Gehirn nicht verletzt wurde, besteht Hoffnung auf Wiederherstellung.

Berlin, 10. August. In der Nähe von Sabowa ließ ein Personenampier so heftig mit einem Privat-Motorboot zusammenstoßen, daß dieses sank. Eine in der Kasse befindliche Dame ist ertrunken.

Frankfurt a. M., 10. August. Wie die „Volkstimme“ meldet, hat die Staatsanwaltschaft gegen Danub Gertler, der kürzlich eine Versammlung in der Börse veranstaltete, ein Strafverfahren wegen Verleitung des Papstes und Verächtlichmachung der katholischen Kirche eingeleitet. Das Landgericht hat dem Antrage stattgegeben.

Gastein, 10. August. Das Hotel Gahner in Ober-Villach ist gestern total niedergebrannt. Die Entstehungsursache des Feuers konnte noch nicht festgestellt werden. Eine Frau ist in den Flammen umgekommen.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 10. August:
Deutscher Metallarbeiter-Verband. General-Versammlung im großen Saal.
Arbeiter-Nachfahrere. Zimmer 1.
Stenographen. (Schem Arndt). Zimmer 7.
Donnerstag, den 11. August:
Sozialdemokratischer Verein. Mitglieder-Versammlung im großen Saal.
Lapeyriere-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung (Vortrag) im Zimmer 1.
Maler. Versammlung im Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücheramtsabgabe von 6-8 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 12. August:
Französischer Unterriht. Abends Punkt 6 Uhr im Villach-Saal.
Deutscher Kursus. Zimmer 3.
Stenographen. Abends 8 1/2 Uhr Zimmer 3 u. 6.
Sozialdemokratischer Verein Breslau (Sand-Neumarkt).
Sand-Distrikt 2. (Bezirk Gräbchen, Groß-Moschorn, Opperau). Mittwoch, den 10. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Rappich in Gräbchen. Vortrag des Genossen Scholich. Frauen sind besonders eingeladen.

Land-Distrikt 4 (Westliche Sachwitz, Gantsh). Sonntag, den 14. August, Vormittag 9 Uhr: Zusammenkunft in Sachwitz im bekannten Lokal.

Land-Distrikt 6 (Ostschlu-Wolfschütz). Freitag, den 12. August, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Müller in Ostschlu. Vortrag des Genossen Wiedemann. Verschiedenes. Frauen sind einladen.

Land-Distrikt 8 (Dierrentsch und Umgegend). Sonntag, den 14. August, Nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Volksversammlung im Gasthaus des Herrn Müller in Dierrentsch. Tagesordnung: Für den König 8 1/2 Millionen für das Volk einen Fußtritt. Referent: Genosse Senf.

Land-Distrikt 14 (Etabelwitz). Sonntag, den 14. August, Mittags 12 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft in Etabelwitz bei Goltz.

Wilken und Umgegend. Öffentliche Volksversammlung. Sonntag, den 14. August, Nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn Gastwirts Bleich. Vortrag des Redakteurs Genossen Pöschel-Dreslau.

Trebnitz. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag, den 14. August, Nachmittags 4 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Goldnen Mann“. Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Abrechnung vom Vorjahre. 4. Verschiedenes.

Trebnitz. Öffentliche Volksversammlung. Sonntag, den 14. August, Nachmittags 2 Uhr, im Konzerthause. Redakteur Albert-Dreslau spricht über: Millionen und Schüssler für den König — Fußtritte für das Volk. Es fehlt niemand!

Strehlen. Eisenarbeiter-Versammlung. Sonntag, den 14. August, Nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Herrn Johann Guden. Referent: Parteisekretär Neufirch.

Neumarkt. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend,

den 13. August, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Weißen Adler“. Reichhaltige Tagesordnung.

Wrieg. Masskämpfen und Geizer. Sonnabend, den 13. August, Abends 8 Uhr, Versammlung im bekannten Lokal. Wichtige Tagesordnung.

Wrieg. Maurer. Sonntag, den 14. August, Vormittags 9 Uhr, bei Hofmann Versammlung. Tagesordnung: 1. Tarifbruch der Arbeiter der Mähler und Bialler in Wrieg. 2. Ausschluss der Arbeiter in Wrieg. 3. Verschiedenes. Referent anwesend.

Wrieg. Wahlverein. Donnerstag, den 11. August, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Harmonie. Tagesordnung: Anträge und Wahl des Delegierten zum Parteitag.

Wriegau. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend, den 13. August, Abends 8 Uhr, Versammlung in der „Bierquelle“. Berichtserstattung von der Generalversammlung, Vortrag und Bericht der Gemeindevorsteher von Gräben über ihre bisherige Tätigkeit.

Wriegau. Sozialdemokratischer Wahlverein. Donnerstag, den 11. August, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz. 2. Bericht von dem Bezirksparteitag. 3. Verschiedenes.

Sagan. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend, den 13. August, Abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Essenberger, Fischendorferstraße 25.

Olsh. Gewerkschafts-Komitee. Sonntag, den 14. August, Sitzung. Wichtige Tagesordnung.

Wlogau. Wahlverein. Donnerstag, den 11. August, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. 1. Vortrag: Die politische Lage (Genosse Rudat). 2. Stellungnahme zur Bezirkskonferenz und evtl. Entsendung eines Delegierten dazu. 3. Verschiedenes.

Zittenthal i. N. Deutscher Textilarbeiter-Verein. Sonnabend, den 13. August, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Grundmühle“ in Quirl. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Berufsfrankheiten der Textilarbeiter und ihre Ursachen. 2. Agitation. 3. Verschiedenes.

Schneeberg i. N. Öffentliche Volksversammlung. Sonntag, den 14. August, Nachmittags 3 Uhr, in der „Grundmühle“ in Quirl. Redakteur Albert-Dreslau hält einen Vortrag über: Schüssler und Millionen für den König — Fußtritte für das Volk. Die Genossen der Umgegend werden gebeten, vollständig zu erscheinen.

Steinheffen i. N. Öffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel. Sonntag, den 14. August, Nachmittags 2 Uhr. Redakteur Albert-Dreslau spricht über: Schüssler und Millionen für den König — Fußtritte für das Volk. Die Genossen der Umgegend wollen zahlreich erscheinen.

Bromberg. Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag, den 11. August, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Synopsdorski.

Posen. Demonstration-Versammlung anlässlich der Einweihung des Kaiserhofes am Dienstag, den 10. August, Abends 8 Uhr. Redakteur Albert-Dreslau spricht über: Schüssler und Millionen für den König — Fußtritte für das Volk. Niemand fehlt!

Aus der Geschäftswelt.

Die bekannte Zigaretten-Fabrik Gebrüder Halpaus am Wachtplatz erhöht infolge großer Tabakvorräte die Preise für ihre Fabrikate nicht und bringt eine neue 3 Pfennig-Zigarette in Verkehr. Wir weisen im übrigen auf das in vorliegender Nummer befindliche Inserat hin.

Den geehrten Rauchern bringen wir zur gefälligen Kenntnis, dass wir unter der Bezeichnung

Haloppi 3

eine neue Marke in den Handel bringen, welche die vollendete Leistung in einer

3 Pfennig-Zigarette

ist. Zufolge grossen Tabaklagers erhöhen wir unsere Preise nicht.

Hochachtungsvoll

Gebrüder Halpaus, Wachtplatz.

Schauspielhaus
Mittwoch, Donnerstag, Freitag 8 Uhr:
Die Spiele ihrer Exzellenz.

Zurückgekehrt Dr. Boss
Schwerstraße 3. 3269

Pfänder-Auktion.
26. u. 10. Schütze, Paulstr. 26. [3392]

Sommer-Theater
(Lieblichs Etablissement).
Gastspiel Josep Giampietro:
Heute Mittwoch:
Sein Doppelgänger.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Grosses Konzert.

1 eich. Schlaf, 1 unabh. Wärfel leier billig zu verlauf. Mittw. 10. I. 322

1 gebrauchte Tisch-Garnitur, 2 Westfliesen mit Marmor billig zu verlauf. bei Kreuter, Alexanderstr. 18. 322

Viktoria-Theater
Täglich:
„Breslau!
was sagst Du nu!“
Reue in 6 Akten mit
Henry Bender.
Anfang 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Gelegenheits-Käufe
In gut gearbeiteten neuen und gebrauchten Möbeln
Bettstellen u. Matr. u. Betten 25 Mk., Schrank 24 Mk., Tischplatte 36 Mk., Kiste u. Kasten-Garnitur, spottbillig.
Bequemste Teilzahlung
Max Giesel,
Brüderstr. 5, part. u. 1. Stg.

Dem besten Publikum zur gefälligen Kenntnis, das mein
3712

Friseurgeschäft
Nur Berliner Chauffee 178 befindet.
Ernst Steindor.

Zeltgarten
Dir.: H. Krasnik.
26. Tag der
Damen-Ringkampf-
Konkurrenz
Außerdem die ganz neuen Spezialitäten.

Vereine und Kinderfeste
empfehle ich
Sambians, Fahren, Verlosungs- u. Geschenkartikel zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen
Salanterie- u. Spielwarenhaus
Alfred Scholz
Aubferschmiedestraße 1,
Mittw. 29. 3165
Herzliche schellen Gutes Nacht.

Palmengarten.
Dir.: H. Krasnik.
Damen-Trompeter
„Harmonie“.
Entrée frei!

„Reformier“ liberal künstlich!
Welcher Genosse würde einem in Verlegenheit gerat. Genossen 60 Mk. leihen? Rückzahl. mon. 15 Mk. Offert. erbeten unt. G. K. 24 an die Exped. dieser Zeitung. 3939

8-10 Wiederverkäufer
gesucht für gut eingeführte und leicht verkäufliche Ware. Abgewandte Herren wollen sich melden nachm. von 3-5 Uhr. Schichwerderstr. 18, I., bei Lindner. 3938

Für Brantlente! Saubere Betten sehr billig zu verlauf. Berlinerstr. 33 b, 3 Stiegen bei Killeh. 3937

Bildschön
macht ein rosiges, jugendliches Aussehen und ein reiner, zarter, schöner Teint. Alles dies erzeugt:
Stedenberg-Lilienmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Radbeul Preis 3 Stück 50 Pf., ferner in der Lilienmilch-Cream Dada ein gutes, vorzüglich wirtendes Mittel gegen Sommerbrösten. Tube 50 Pf. bei G. W. Schwarz, Chlauerstraße 4. Gustav Scharb, Molltestraße 1. Franz Gröschel, Leuthenstraße 60. Ch. Groß Nachf., Neumarkt 42. E. Heller, Friedrich-Wilhelmstraße 28. F. Hoffmann, Chlauerstraße 65. Josef Kühnel, Wozzeckstraße 75 u. Filiale, Subenstraße 20. Erwin Meyer, Barckenstraße 75. Alfred Büchel, Tauentzienstraße 105. H. Schöne Nachf., Klosterstraße 97. R. Schuber, Kottbuserstraße 41. C. Spolde, Tauentzienstraße 71. Krügelmarkt-Abtheilg., Hindenburgstr.

Möbel
Gute Waren spottbillig auf
Abzahlung
Anzüge
Heberzieher,
Kinderwagen
Anzahlung
Nebensache!
Max Biermann
52 Ring 52, 1. Stg.
neben der Stadtkasse.
Filiale:
Waldenburg i. Schl.
Ruch nach auswärts.

Etablissement Inh.: **Otto Biedermann.**
Deute Donnerstag:
Bergkeller Gr. Schleifentanz
mit Präsent-Belouais.
Öffentliche Versammlung
des Vereins „Freier Gedanke“, Breslau.
(Druckgruppe des Deutschen Freidenkerbundes).
Montag, den 15. d. Mts., 8 1/2 Uhr abends, Webers Restaurant, Neue Gasse 29 L.
Thema: Kulturfortschritt in Spanien. Refer.: Herr R. Pietsch. 3939
Entrée: Mitglieder frei. — Gasse 15 Pf.
Der Einrufer V. Menelt, Schneiderstr., hier X, Blücherstraße 21.

In der Oder
straße 5 — zweites Viertel vom Ringe — bekannt billig
finden Sie große u. kleine Kinder
Kämme, Gummi-Sauger, Rehrbesen, Scheuerlischer, Rohr-
Klopper, Fuchsmatten, sowie Gelegenheitsposten in Kopf-,
Kleider-, Schuh-, Zahnabstrichen etc. zu zurückgesetzten, fabelhaft
niedrigen Preisen. 3921

London & Co., Oberstraße 5,
zweites Viertel vom Ringe.
Vierzehntägig erscheinen die
Glühlichter
Sozialdemokratisches Witzblatt
pro Nummer 10 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Gr. Räumungs-Ausverkauf
wegen Geschäfts-Verlegung von 3704
Uhren und Goldwaren
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Paul Alter, Kupferschmiedestr. 10.

